

Trägerorganisation für die  
Berufsprüfung für Treuhänder

# **Aufgabensammlung 2014**

## **Berufsprüfung für Treuhänder**

### **Hauptprüfung**

## Inhaltsverzeichnis

Fach 700	Unternehmens- und Wirtschaftsberatung Aufgabe 1	Seiten	3 – 34
Fach 700	Unternehmens- und Wirtschaftsberatung Aufgabe 2	Seiten	35 – 52
Fach 700	Unternehmens- und Wirtschaftsberatung Aufgabe 3	Seiten	53 – 59
Fach 701	Finanzielles Rechnungswesen/Finanzmanagement Aufgabe 4	Seiten	60 – 82
Fach 701	Rechnungswesen Aufgabe 5	Seiten	83 – 91
Fach 702	Steuern Aufgabe 6	Seiten	92 – 110
Fach 703	Revision Aufgabe 7	Seiten	111 – 123

**Fach 700      Unternehmens- und  
Wirtschaftsberatung**

**Aufgabe 1**

Prüfungsdauer: 90 Minuten

Max. Punkte: 45

---

## **Unternehmens- und Wirtschaftsberatung: Aufgabe 1**

---

**Verfügbare Zeit: 90 Minuten**  
**Max. Punktzahl: 45**

### **Allgemeiner Hinweis zur Prüfungsaufgabe:**

Gefragte Artikelangaben aus Gesetz und Verordnungen sind möglichst genau, d.h. unter Angabe des Artikels mit ev. Absatz und ev. Buchstaben vorzunehmen.

---

### **Coiffeur und Kosmetik**

---

#### **Sachverhalt**

Lukas Hugentobler, Jahrgang 1971, Coiffeur, Bürger von Bern, ist mit Paula Hugentobler-Weber, Jahrgang, 1975, Face Designerin, Bürgerin von Solothurn, seit fünf Jahren verheiratet. Es besteht kein Ehevertrag. Das Ehepaar wohnt in einer gemeinsamen Wohnung in Bülach ZH. Sie haben zwei Kinder Michael, Jahrgang 2006 und Melina, Jahrgang 2008.

Lukas Hugentobler war über 20 Jahre in verschiedenen Coiffeursalons tätig. Frau Paula Hugentobler hat vor ihrer Niederkunft eine Weiterbildung zur Face Designerin erfolgreich abgeschlossen und war über 15 Jahre in einem Kosmetiksalon angestellt. Das Ehepaar hat sich entschieden, per anfangs 2014 gemeinsam einen eigenen Coiffeur- und Kosmetiksalon zu eröffnen. Beide sollen zu gleichen Teilen am Erfolg partizipieren. Lukas Hugentobler hat deshalb seine Fest- und Paula Hugentobler ihre Teilzeitanstellung per 31. Dezember 2013 gekündigt. Auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten ist das Ehepaar in Zürich fündig geworden. Der Salon konnte per 1. Februar 2014 für eine Mindestdauer von drei Jahren gemietet werden. Im Februar 2014 hatte das Ehepaar Zeit, den Salon mit Mobiliar, Geräten, Apparaten, Dekoration, Beschriftungen, etc. einzurichten. Der Salon ist seit 1. März 2014 geöffnet und an sechs Tagen pro Woche (Montag bis Samstag) in Betrieb. Die Anfangsinvestitionen von insgesamt CHF 130'000 wurden einerseits über Ersparnisse des Ehepaars von CHF 80'000 und andererseits über einen Teilbezug der Vorsorgegelder von Lukas Hugentobler im Umfang von CHF 50'000 finanziert. Das Ersparnis wurde vom Ehepaar nach der Heirat angehäuft, während der Teilbezug der Vorsorgegelder sich auf das Vorsorgeguthaben im Zeitpunkt des Eheschlusses beschränkte.

Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen, ihrem Netzwerk, ihrer ansprechenden und informativen Homepage ist der Salon bereits nach wenigen Wochen sehr gut besucht. Das Ehepaar Hugentobler kommt nun zu Ihnen und hat verschiedene Fragen bezüglich des neuen Geschäftes. Die beiden sind sich einig, aus Kostengründen vorerst auf die Gründung einer GmbH oder AG zu verzichten. Erst wenn das Unternehmen nachhaltig erfolgreich ist, sollen diese Möglichkeiten geprüft werden.

### Aufgabe 1

(1 Punkt)

Herr und Frau Hugentobler sind der Meinung, sie hätten die Wahl, das Coiffeur- und Kosmetikstudio als Einzelfirma oder als Personengesellschaft zu führen. Zählen Sie zwei handelsrechtliche Voraussetzungen auf, wieso gemäss Sachverhalt das Geschäft nicht als Einzelfirma geführt werden kann.

---

---

---

---

---

### Aufgabe 2

(5 Punkte)

Obwohl für das Ehepaar Hugentobler die Gründung einer juristischen Person nicht in Frage kommt, interessiert es sie trotzdem, was denn die Unterschiede zwischen einer Personengesellschaft und einer Kapitalgesellschaft sind.

a) Bitte nennen Sie vier handelsrechtliche Vorteile einer Personengesellschaft gegenüber einer Kapitalgesellschaft.

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Zudem bestehen auch Unterschiede in der steuerrechtlichen Behandlung von Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften. Bitte nennen Sie sechs steuerrechtliche Unterschiede.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**Aufgabe 3****(6.5 Punkte)**

- a) Herrn Hugentobler sind zwei Arten von Personengesellschaften bekannt, nämlich die einfache Gesellschaft und die Kollektivgesellschaft. Er hat jedoch keinerlei Kenntnisse über diese Gesellschaftsformen. Bitte zeigen Sie ihm die Unterschiede bzw. Merkmale dieser beiden Gesellschaften auf. Es gelten ausschliesslich die gesetzlichen Bestimmungen. Das Ehepaar Hugentobler möchte, wenn möglich, auf einen schriftlichen Vertrag verzichten. Verwenden Sie für Ihre Antworten ausschliesslich das nachfolgende Raster:

	<b>Einfache Gesellschaft</b>	<b>Kollektivgesellschaft</b>
Bitte nennen Sie die massgebenden Gesetzesartikel.		
Formvorschriften bei der Gründung		
Wer kann Gesellschafter sein?		
Firma		
Gewinn- und Verlustverteilung		
Gesellschaftsbeschlüsse		

	Einfache Gesellschaft	Kollektivgesellschaft
Haftung gegenüber Gläubigern		

- b) Gibt es noch weitere Personengesellschaften neben der einfachen Gesellschaft und der Kollektivgesellschaft? Wenn ja, bitte nennen Sie diese mit Angabe der Gesetzesartikel.

---

### Aufgabe 4

(1.5 Punkte)

- a) Nachdem Sie nun dem Ehepaar Hugentobler ausführlich die Unterschiede und Merkmale der einfachen Gesellschaft und der Kollektivgesellschaft dargelegt haben, erläutern Sie bitte Ihren Kunden, welche Personengesellschaft nun für den Coiffeur- und Kosmetiksalon massgebend ist und begründen Sie Ihre Entscheidung. Antworten ohne Begründung werden nicht bewertet.

---

---

---

---

- b) Gehen Sie, unabhängig Ihrer vorstehenden Antwort, davon aus, dass das Ehepaar Hugentobler ihr Unternehmen in der Form einer Kollektivgesellschaft führen wird. Bitte machen Sie Ihren Kunden einen Vorschlag für die Firma:

---



### Aufgabe 5

(4.5 Punkte)

Herr Hugentobler hatte für die Finanzierung der Anfangsinvestitionen einen Teilbezug seines Vorsorgeguthabens von CHF 50'000 getätigt.

- a) Welche Voraussetzungen mussten erfüllt sein, damit Herr Hugentobler den Teilbezug seines Vorsorgeguthabens vornehmen konnte? Nennen Sie die drei Voraussetzungen.

---

---

---

---

- b) Bitte nennen Sie die Steuerfolgen dieses Vorbezuges bei der Direkten Bundessteuer mit Angabe des entsprechenden Gesetzesartikels:

---

- c) Herr Hugentobler möchte wissen, wie hoch der jährliche Cashflow mindestens sein muss, damit er seinen Kapitaleinsatz von CHF 50'000 in fünf Jahren amortisiert hat. Gehen Sie von einem Zinssatz von 2% aus. Im Anhang 1 erhalten Sie zur Berechnung die entsprechenden Tabellen. Bitte nehmen Sie eine nachvollziehbare und detaillierte Berechnung vor, runden Sie auf ganze Franken.

Berechnung nach der statischen Methode:

---

---

---

Berechnung nach der dynamischen Methode:

---

---

---

### Aufgabe 6

(1.5 Punkte)

Bei den nachstehenden Fragen gehen Sie davon aus, dass der Coiffeur- und Kosmetiksalon als Kollektivgesellschaft geführt wird. Frau Hugentobler wird für die Buchführung zuständig sein. In vielen Zeitschriften wird das neue Rechnungslegungsrecht kommentiert. Bitte erklären Sie Frau Hugentobler, seit welchem Datum das neue Gesetz in Kraft ist und ab welchem Zeitpunkt es zwingend erstmals angewendet werden muss.

- a) Bitte nennen Sie den genauen Zeitpunkt der Inkraftsetzung des neuen Rechnungslegungsrechts.

---

---

- b) Ab welchem Geschäftsjahr ist das neue Rechnungslegungsrecht für kleine und mittlere Unternehmen zwingend anzuwenden? Bitte erklären Sie dies Frau Hugentobler in Worten und führen Sie unter Angabe der Jahreszahl das erste Geschäftsjahr auf, für welches sie zwingend die neuen Vorschriften anwenden muss.

---

---

---

### Aufgabe 7

(4 Punkte)

Bitte erläutern Sie, was das neue Rechnungslegungsrecht für Frau Hugentobler bedeutet. Frau Hugentobler ist der Ansicht, es ändere sich für sie praktisch nichts. Sie werde Ihnen für die Erstellung des Jahresabschlusses nach neuem Recht wie üblich die Debitoren-, Kreditorenliste sowie die Aufstellungen über die Abgrenzungen übermitteln. Da Erfahrungszahlen fehlen, weiss Frau Hugentobler nicht genau, welchen Umsatz die Firma in Zukunft erwirtschaften wird.

- a) Welche gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften gelten für die Kollektivgesellschaft nach **neuem** Recht? Bitte nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

---

- b) Frau Hugentobler möchte von Ihnen wissen, ob das neue Recht Auswirkungen auf die Buchführung und Jahresrechnung bzw. Jahresabschluss der Kollektivgesellschaft hat. Bitte erklären Sie Frau Hugentobler die „Allgemeinen Bestimmungen“ der neuen Rechnungslegungsvorschriften in Bezug auf die Kollektivgesellschaft. Erläutern Sie in zwei bis drei Sätzen den Inhalt der relevanten Bestimmungen.

---

---

---

---

---

---

---

- c) Erklären Sie Frau Hugentobler die verschiedenen Auswirkungen der neuen Rechnungslegungsvorschriften in Bezug auf die Einreichung von Abschlussunterlagen.

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 8

(11 Punkte)

Da sich Frau Hugentobler für einige Tage in der Woche um ihre beiden Kinder kümmern möchte, und bereits jetzt viele Anfragen von Kunden eingegangen sind, hat sie ein Stelleninserat für eine 60 %-Beschäftigung auf ihrer Homepage aufgeschaltet. Inzwischen sind einige Bewerbungen eingegangen und Frau Hugentobler bittet Sie, am Vorstellungsgespräch ebenfalls teilzunehmen, um die fachlichen Fragen zu beantworten. Gehen Sie davon aus, dass die Mitarbeiter des Coiffeur- und Kosmetiksalons dem Arbeitsgesetz unterstellt sind und die Arbeitsverträge den Minimalvorschriften gemäss OR entsprechen, das heisst auch keinem GAV unterliegen. Die wöchentliche Höchst Arbeitszeit gemäss Arbeitsgesetz beträgt 50 Stunden. Das Geschäft hat nur die obligatorischen Versicherungen abgeschlossen. Die Bewerberin als Visagistin hat einige arbeitsrechtliche Fragen. Bitte beantworten Sie diese.

- a) Bewerberin: "Vielen Dank für die Informationen. Gemäss Arbeitsvertrag werde ich also eine 43 Stunden Woche und vier Wochen Ferien haben. Wann kann ich diese Ferien beziehen? Kann ich auch nur eine Woche beziehen und drei Wochen auf das nächste Jahr übertragen lassen? Gibt es hierzu Vorschriften?" Bitte erläutern Sie mit drei bis vier Sätzen die gesetzlichen Vorschriften und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

---

---

---

---

---

---

- b) Bewerberin: "Können Sie mir die nichtbezogenen Ferientage auszahlen?" Bitte begründen Sie Ihre Antwort und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

---

---

---

---

- c) Bewerberin: "Was geschieht mit meinen Überstunden und meiner Überzeit? Ich höre manchmal beide Begriffe, aber kann diese nicht auseinanderhalten. Im Entwurf des Arbeitsvertrages, welcher mir vorliegt, sind diesbezüglich keine Bestimmungen enthalten." Bitte erklären Sie die beiden Fachbegriffe in wenigen Sätzen und teilen Sie der Bewerberin mit, wie hierzu die gesetzlichen Bestimmungen sind. Bitte nennen Sie ebenfalls die entsprechenden Gesetzesartikel aus dem OR und Arbeitsgesetz (Auszug aus dem ArG siehe Beilage).

### Überstunden

Definition:

---

---

---

---

Kompensation / Auszahlung:

---

---

---

---

### Überzeit

Definition:

---

---

---

---

Kompensation / Auszahlung:

---

---

---

- d) Bitte beantworten Sie die nachfolgenden Fragen detailliert und mit wenigen Sätzen. Nennen Sie zudem den massgebenden Gesetzesartikel.

Bewerberin: "Ich heirate in sechs Monaten; am Freitag zivilrechtlich und am Samstag kirchlich".

„Kann ich diese zwei Arbeitstage frei haben?“

„Sind diese beiden Freitage bezahlt?“

„Muss ich Ferientage dazugeben?“

- e) Bewerberin: "Welche Personenversicherungen haben sie für ihre Mitarbeiter abgeschlossen? Bin ich gegen Unfall und Krankheit versichert? Was geschieht mit der Lohnzahlung wenn ich unfall- oder krankheitsbedingt ausfalle? In dem mir vorliegenden Vertrag hat es keine Ausführungen hierzu." Bitte erklären Sie die verschiedenen Situationen mit wenigen Sätzen und mit den entsprechenden Gesetzesartikeln.

### **Unfallversicherung**

Ausführungen zur Versicherungspflicht des Arbeitgebers und -schutz der Arbeitnehmerin gemäss UVG:

Folgen Lohnzahlung bei Abwesenheit der Arbeitnehmerin durch Unfall?:

---

---

---

---

---

**Krankentaggeldversicherung**

Ausführungen zur Versicherungspflicht des Arbeitgebers und -schutz der Arbeitnehmerin gemäss KTG:

---

---

---

---

Folgen Lohnzahlung bei Abwesenheit der Arbeitnehmerin durch Krankheit?:

---

---

---

---

---

### Aufgabe 9

(4.5 Punkte)

- a) Herr Hugentobler hat noch ein weiteres Anliegen. Er ist nun seit fünf Jahren verheiratet und hat keinen Ehevertrag erstellt. Was bedeutet das für das Ehepaar betreffend dem Güterstand? Bitte nennen Sie den Fachbegriff sowie den massgebenden Gesetzesartikel.

---

---

- b) Bitte erklären Sie dem Ehepaar, welche und wie viele Vermögensmassen bei dem von Ihnen in Aufgabe 9 a) aufgeführten Güterstand vorhanden sind.

---

---

---

- c) Herr Hugentobler ist nicht klar, was mit diesen Vermögensmassen bei Auflösung der Ehe durch Tod oder Scheidung geschieht. Bitte erklären Sie ihm, wie und zu welchem Zeitpunkt die Vermögensmassen den Ehegatten zugewiesen bzw. berechnet werden und nennen Sie die entsprechenden Gesetzesartikel.

---

---

---

---

---

---

---

---

- d) Bitte nennen Sie den Fachbegriff für diese Zuweisungen bei Auflösung der Ehe durch Tod oder Scheidung.

---



### Aufgabe 10

(3.5 Punkte)

Herrn Hugentobler ist es ein wichtiges Anliegen, seine Ehefrau im Falle seines Versterbens bestmöglich abzusichern, damit sie über genügend Barmittel verfügt, um die Kinder grosszuziehen. Er hat deshalb bereits ein Testament geschrieben und übergibt Ihnen dieses kurz vor Ende der Besprechung in einem Heftmäppchen zur getreuen Aufbewahrung. Er bittet Sie, das Testament zu beurteilen und um einen Anruf am nächsten Tag, falls er dieses zu überarbeiten hat (siehe Anhang 2).

- a) Bitte beurteilen Sie das Testament (siehe Anhang 2), und nehmen Sie Stellung, ob dieses von Herrn Hugentobler zu überarbeiten ist. Falls ja, nennen Sie 5 Punkte, die nach Ihrer Ansicht überarbeitet werden müssten.

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Nehmen Sie an, dass Herr Hugentobler mit den von Ihnen gemachten Empfehlungen nicht einverstanden ist und das Testament nicht abändert. Welche Möglichkeiten haben die gesetzlichen Erben, das Testament anzufechten? Nennen Sie zwei Möglichkeiten und begründen Sie diese in je einem Satz und mit Angabe der entsprechenden Gesetzesartikel

---

---

---

---

### Aufgabe 11

(2 Punkte)

Unabhängig der vorstehenden Antworten werden Sie am nächsten Tag Herrn Hugentobler anrufen. Sie möchten ihm gerne zusätzliche Vorschläge ausserhalb des bestehenden Testamentes unterbreiten, wie er seine Ehefrau bei Auflösung durch Tod am Meisten begünstigen kann. Bitte nennen Sie zwei unterschiedliche Vorschläge und begründen Sie diese mit wenigen Sätzen.

---

---

---

---

---

---

---

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Anhang 1 zu Aufgabe 5 c)

#### Abzinsungsfaktor

Gegenwartswerte einer Zahlung von CHF 1.00, fällig Ende Jahr

Jahre/Année	2%	4%	6%	8%	10%	12%	14%	16%
1	0.980392	0.961538	0.943396	0.925926	0.909091	0.892857	0.877193	0.862069
2	0.961169	0.924556	0.889996	0.857339	0.826446	0.797194	0.769468	0.743163
3	0.942322	0.888996	0.839619	0.793832	0.751315	0.711780	0.674972	0.640658
4	0.923845	0.854804	0.792094	0.735030	0.683013	0.635518	0.592080	0.552291
5	0.905731	0.821927	0.747258	0.680583	0.620921	0.567427	0.519369	0.476113
6	0.887971	0.790315	0.704961	0.630170	0.564474	0.506631	0.455587	0.410442
7	0.870560	0.759918	0.665057	0.583490	0.513158	0.452349	0.399637	0.353830
8	0.853490	0.730690	0.627412	0.540269	0.466507	0.403883	0.350559	0.305025
9	0.836755	0.702587	0.591898	0.500249	0.424098	0.360610	0.307508	0.262953
10	0.820348	0.675564	0.558395	0.463193	0.385543	0.321973	0.269744	0.226684
11	0.804263	0.649581	0.526788	0.428883	0.350494	0.287476	0.236617	0.195417
12	0.788493	0.624597	0.496969	0.397114	0.318631	0.256675	0.207559	0.168463
13	0.773033	0.600574	0.468839	0.367698	0.289664	0.229174	0.182069	0.145227
14	0.757875	0.577475	0.442301	0.340461	0.263331	0.204620	0.159710	0.125195
15	0.743015	0.555265	0.417265	0.315242	0.239392	0.182696	0.140096	0.107927

#### Barwertfaktor

Gegenwartswert eines Zahlungsstromes von jährlich CHF 1.00, fällig jeweils Ende Jahr während n Jahren

Jahre/Année	2%	4%	6%	8%	10%	12%	14%	16%
1	0.980392	0.961538	0.943396	0.925926	0.909091	0.892857	0.877193	0.862069
2	1.941561	1.886095	1.833393	1.783265	1.735537	1.690051	1.646661	1.605232
3	2.883883	2.775091	2.673012	2.577097	2.486852	2.401831	2.321632	2.245890
4	3.807729	3.629895	3.465106	3.312127	3.169865	3.037349	2.913712	2.798181
5	4.713460	4.451822	4.212364	3.992710	3.790787	3.604776	3.433081	3.274294
6	5.601431	5.242137	4.917324	4.622880	4.355261	4.111407	3.888668	3.684736
7	6.471991	6.002055	5.582381	5.206370	4.868419	4.563757	4.288305	4.038565
8	7.325481	6.732745	6.209794	5.746639	5.334926	4.967640	4.638864	4.343591
9	8.162237	7.435332	6.801692	6.246888	5.759024	5.328250	4.946372	4.606544
10	8.982585	8.110896	7.360087	6.710081	6.144567	5.650223	5.216116	4.833227
11	9.786848	8.760477	7.886875	7.138964	6.495061	5.937699	5.452733	5.028644
12	10.575341	9.385074	8.383844	7.536078	6.813692	6.194374	5.660292	5.197107
13	11.348374	9.985648	8.852683	7.903776	7.103356	6.423548	5.842362	5.342334
14	12.106249	10.563123	9.294984	8.244237	7.366687	6.628168	6.002072	5.467529
15	12.849264	11.118387	9.712249	8.559479	7.606080	6.810864	6.142168	5.575456

**Anhang 2 zu Aufgabe 10 (Testament von Lukas Hugentobler)**

*Eigenhändige letztwillige Verfügung*

*Ich, der unterzeichnende Lukas Hugentobler, geb. 23. September 1971, von Bern, wohnhaft Bahnhofstrasse 333, 8180 Bülach ZH, verfüge hiermit auf mein Ableben hin als meinen letzten Willen folgendes:*

- 1. Ich setze meine Nachkommen auf den erbrechtlichen Pflichtteil. Bezüglich der dadurch entstehenden, frei verfügbaren Quote, setze ich einerseits meine Ehefrau, Paula Hugentobler geb. Weber, geb. 23. April 1975 und andererseits die Stiftung für krebskranke Kinder als Erbin ein.*
- 2. Ich vermache meiner Ehefrau überdies die lebenslängliche Nutznießung im Sinne von Art. 473 ZGB an dem ganzen, unseren gemeinsamen Nachkommen zufallenden Teil meines zukünftigen Nachlasses.*
- 3. Im Sinne einer Teilungsvorschrift bestimme ich, dass meine Ehefrau berechtigt ist, auf Anrechnung an ihre güter- und erbrechtlichen Ansprüche beliebige, von ihr frei bestimmbare Mobilien, Immobilien und weitere Vermögenswerte meines zukünftigen Nachlassvermögens zu Alleineigentum zu übernehmen. Die pflichtteilsgeschützten Erben sind bar abzufinden und die Stiftung für krebskranke Kinder soll 2/3 des Nachlassvermögens ebenfalls in bar erhalten.*
- 4. Versterbe ich gleichzeitig mit oder nach meiner Ehefrau, gilt die gesetzliche Erbfolge.*
- 5. Ich ernenne meinen Treuhänder zu meinem Willensvollstrecker.*

**Bundesgesetz  
über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel  
(Arbeitsgesetz, ArG)<sup>1</sup>**

vom 13. März 1964 (Stand am 1. Dezember 2013)

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 26, 31<sup>bis</sup> Absatz 2, 34<sup>bis</sup>, 34<sup>ter</sup>, 36, 64, 64<sup>bis</sup>, 85, 103  
und 114<sup>bis</sup> der Bundesverfassung<sup>2,3</sup>  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 30. September 1960<sup>4</sup>,  
beschliesst:*

**I. Geltungsbereich**

**Art. 1**

Betrieblicher  
und persönlicher  
Geltungsbereich

<sup>1</sup> Das Gesetz ist, unter Vorbehalt der Artikel 2–4, anwendbar auf alle öffentlichen und privaten Betriebe.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Ein Betrieb im Sinne des Gesetzes liegt vor, wenn ein Arbeitgeber dauernd oder vorübergehend einen oder mehrere Arbeitnehmer beschäftigt, unabhängig davon, ob bestimmte Einrichtungen oder Anlagen vorhanden sind. Wenn die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des Gesetzes nur für einzelne Teile eines Betriebes gegeben sind, ist das Gesetz nur auf diese anwendbar.

<sup>3</sup> Auf Arbeitnehmer, welche ein im Auslande gelegener Betrieb in der Schweiz beschäftigt, ist das Gesetz anwendbar, soweit dies nach den Umständen möglich ist.

AS 1966 57

<sup>1</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 21. Dez. 2007, in Kraft seit 1. Juli 2008 (AS 2008 2903; BBl 2007 4261 4269).

<sup>2</sup> [BS 1 3; AS 1976 2001]. Den genannten Bestimmungen entsprechen heute die Art. 63, 87, 92, 95, 110, 117, 122, 177 Abs. 3, 188 Abs. 2 und 190 Abs. 1 (nach Inkrafttreten des Bundesbeschlusses vom 8. Okt. 1999 über die Reform der Justiz; BBl 1999 8633; Art. 188 Abs. 2, 189 Abs. 1, 191 Abs. 3 und 191a Abs. 2) der BV vom 18. April 1999 (SR 101).

<sup>3</sup> Fassung gemäss Ziff. VII 3 des BG vom 24. März 2000 über die Schaffung und die Anpassung gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung von Personendaten, in Kraft seit 1. Sept. 2000 (AS 2000 1891; BBl 1999 9005).

<sup>4</sup> BBl 1960 II 909

<sup>5</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).



## Art. 2

Ausnahmen vom  
betrieblichen  
Geltungsbereich

<sup>1</sup> Das Gesetz ist, unter Vorbehalt von Artikel 3a, nicht anwendbar:<sup>6</sup>

- a. auf Verwaltungen des Bundes, der Kantone und Gemeinden, unter Vorbehalt von Absatz 2;
- b.<sup>7</sup> auf Betriebe, die der Bundesgesetzgebung über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs unterstehen;
- c. auf Betriebe, die der Bundesgesetzgebung über die Seeschifffahrt unter der Schweizerflagge unterstehen;
- d. auf Betriebe der landwirtschaftlichen Urproduktion, mit Einschluss von Nebenbetrieben, in denen überwiegend die Erzeugnisse des Hauptbetriebes verarbeitet oder verwertet werden, sowie auf örtliche Milchsammelstellen und die damit verbundenen Milchverarbeitungsbetriebe;
- e. auf Betriebe mit überwiegend gärtnerischer Pflanzenproduktion, unter Vorbehalt von Absatz 3;
- f. auf Fischereibetriebe;
- g. auf private Haushaltungen.

<sup>2</sup> Die öffentlichen Anstalten, die den Verwaltungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden gleichzustellen sind, sowie die Betriebe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, auf die das Gesetz anwendbar ist, werden durch Verordnung bezeichnet.

<sup>3</sup> Auf Betriebe mit überwiegend gärtnerischer Pflanzenproduktion, die Lehrlinge ausbilden, können einzelne Bestimmungen des Gesetzes durch Verordnung anwendbar erklärt werden, soweit dies zum Schutze der Lehrlinge erforderlich ist.

<sup>4</sup> Die Bestimmungen des Gesetzes und seiner Verordnungen über das Mindestalter sind anwendbar auf Betriebe im Sinne von Absatz 1 Buchstaben d–g.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 8. Okt. 1993, in Kraft seit 1. Mai 1994 (AS **1994** 1035; BBl **1993** I 805).

<sup>7</sup> Fassung gemäss Art. 28 Abs. 2 des Arbeitszeitgesetzes vom 8. Okt. 1971, in Kraft seit 28. Mai 1972 (AS **1972** 604; BBl **1971** I 440).

<sup>8</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 19. März 1999, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1568; BBl **1999** 513).

**Art. 3**

Ausnahmen vom  
persönlichen  
Geltungsbereich

Das Gesetz ist, unter Vorbehalt von Artikel 3a, ferner nicht anwendbar:<sup>9</sup>

- a. auf Personen geistlichen Standes und andere Personen, die im Dienste von Kirchen stehen, sowie auf Angehörige von Ordens- und Mutterhäusern oder anderer religiöser Gemeinschaften;
- b. auf das in der Schweiz wohnhafte Personal öffentlicher Verwaltungen ausländischer Staaten oder internationaler Organisationen;
- c.<sup>10</sup> auf die Besatzungen von schweizerischen Flugbetriebsunternehmen;
- d. auf Arbeitnehmer, die eine höhere leitende Tätigkeit oder eine wissenschaftliche oder selbständige künstlerische Tätigkeit ausüben;
- e.<sup>11</sup> auf Lehrer an Privatschulen sowie auf Lehrer, Fürsorger, Erzieher und Aufseher in Anstalten;
- f.<sup>12</sup> auf Heimarbeitnehmer;
- g. auf Handelsreisende im Sinne der Bundesgesetzgebung;
- h.<sup>13</sup> auf Arbeitnehmer, die dem Abkommen vom 21. Mai 1954<sup>14</sup> über die Arbeitsbedingungen der Rheinschiffer unterstehen.

**Art. 3a<sup>15</sup>**

Vorschriften  
über den  
Gesundheitsschutz<sup>16</sup>

Die Vorschriften dieses Gesetzes über den Gesundheitsschutz (Art. 6, 35 und 36a) sind jedoch anwendbar.<sup>17</sup>

<sup>9</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 8. Okt. 1993, in Kraft seit 1. Mai 1994 (AS 1994 1035; BBl 1993 I 805).

<sup>10</sup> Fassung gemäss Ziff. II 2 des BG vom 18. Juni 1993, in Kraft seit 1. Jan. 1995 (AS 1994 3010; BBl 1992 I 607).

<sup>11</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2005 (AS 2002 2547; BBl 2001 3181 6098).

<sup>12</sup> Fassung gemäss Art. 21 Ziff. 2 des Heimarbeitsgesetzes vom 20. März 1981, in Kraft seit 1. April 1983 (AS 1983 108; BBl 1980 II 282).

<sup>13</sup> Eingefügt durch Ziff. II 2 des BG vom 18. Juni 1993, in Kraft seit 1. Jan. 1995 (AS 1994 3010; BBl 1992 I 607).

<sup>14</sup> SR 0.747.224.022

<sup>15</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 8. Okt. 1993, in Kraft seit 1. Mai 1994 (AS 1994 1035; BBl 1993 I 805).

<sup>16</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).

<sup>17</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).

- a.<sup>18</sup> auf die Verwaltungen des Bundes, der Kantone und Gemeinden;
- b. auf Arbeitnehmer, die eine höhere leitende Tätigkeit oder eine wissenschaftliche oder selbstständige künstlerische Tätigkeit ausüben;
- c.<sup>19</sup> auf Lehrer an Privatschulen sowie Lehrer, Fürsorger, Erzieher und Aufseher in Anstalten.

## Art. 4

Familienbetriebe <sup>1</sup> Das Gesetz ist nicht anwendbar auf Betriebe, in denen lediglich der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner des Betriebsinhabers, seine Verwandten in auf- und absteigender Linie und deren Ehegatten, eingetragene Partnerinnen oder Partner sowie seine Stiefkinder tätig sind.<sup>20</sup>

<sup>2</sup> Sind im Betrieb auch andere als die in Absatz 1 erwähnten Personen tätig, so ist das Gesetz nur auf diese anwendbar.

<sup>3</sup> Auf jugendliche Familienglieder im Sinne von Absatz 1 können einzelne Vorschriften des Gesetzes durch Verordnung anwendbar erklärt werden, soweit dies zum Schutze von Leben und Gesundheit der Jugendlichen oder zur Wahrung der Sittlichkeit erforderlich ist.

## Art. 5

Sondervorschriften für industrielle Betriebe <sup>1</sup> Die besonderen Vorschriften des Gesetzes für industrielle Betriebe sind auf den einzelnen Betrieb oder auf einzelne Betriebsteile nur anwendbar aufgrund einer Unterstellungsverfügung der kantonalen Behörde.<sup>21</sup>

<sup>2</sup> Als industrielle Betriebe im Sinne des Gesetzes gelten Betriebe mit fester Anlage von dauerndem Charakter für die Herstellung, Verarbeitung oder Behandlung von Gütern oder für die Erzeugung, Umwandlung oder Übertragung von Energie, sofern

- a. die Arbeitsweise oder die Arbeitsorganisation durch Maschinen oder andere technische Einrichtungen oder durch serienmässige Vorrichtungen bestimmt werden und für die Herstellung, Verarbeitung oder Behandlung von Gütern oder für die

<sup>18</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>19</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2005 (AS **2002** 2547; BBl **2001** 3181 6098).

<sup>20</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 27 des Partnerschaftsgesetzes vom 18. Juni 2004, in Kraft seit 1. Jan. 2007 (AS **2005** 5685; BBl **2003** 1288).

<sup>21</sup> Fassung gemäss Ziff. I 4 des BG vom 21. Dez. 2007 über die Aufhebung und die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren, in Kraft seit 1. Juni 2008 (AS **2008** 2265; BBl **2007** 315).



- Erzeugung, Umwandlung oder Übertragung von Energie wenigstens sechs Arbeitnehmer beschäftigt werden, oder
- b. die Arbeitsweise oder die Arbeitsorganisation wesentlich durch automatisierte Verfahren bestimmt werden, oder
  - c. Leben oder Gesundheit der Arbeitnehmer besonderen Gefahren ausgesetzt sind.

## **II. Gesundheitsschutz<sup>22</sup> und Plangenehmigung<sup>23</sup>**

### **Art. 6<sup>24</sup>**

Pflichten der  
Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer

<sup>1</sup> Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zum Schutze der Gesundheit der Arbeitnehmer alle Massnahmen zu treffen, die nach der Erfahrung notwendig, nach dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebes angemessen sind. Er hat im Weiteren die erforderlichen Massnahmen zum Schutze der persönlichen Integrität der Arbeitnehmer vorzusehen.<sup>25</sup>

<sup>2</sup> Der Arbeitgeber hat insbesondere die betrieblichen Einrichtungen und den Arbeitsablauf so zu gestalten, dass Gesundheitsgefährdungen und Überbeanspruchungen der Arbeitnehmer nach Möglichkeit vermieden werden.

<sup>2bis</sup> Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass der Arbeitnehmer in Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit keinen Alkohol oder andere berauschende Mittel konsumieren muss. Der Bundesrat regelt die Ausnahmen.<sup>26</sup>

<sup>3</sup> Für den Gesundheitsschutz hat der Arbeitgeber die Arbeitnehmer zur Mitwirkung heranzuziehen. Diese sind verpflichtet, den Arbeitgeber in der Durchführung der Vorschriften über den Gesundheitsschutz zu unterstützen.

<sup>4</sup> Durch Verordnung wird bestimmt, welche Massnahmen für den Gesundheitsschutz in den Betrieben zu treffen sind.

- <sup>22</sup> Ausdruck gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394). Diese Änd. ist im ganzen Erlass berücksichtigt.
- <sup>23</sup> Fassung gemäss Ziff. 9 des Anhangs zum Unfallversicherungsgesetz, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (AS **1982** 1676 1724 Art. 1 Abs. 1; BBl **1976** III 141).
- <sup>24</sup> Fassung gemäss Ziff. 9 des Anhangs zum Unfallversicherungsgesetz, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (AS **1982** 1676 1724 Art. 1 Abs. 1; BBl **1976** III 141).
- <sup>25</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).
- <sup>26</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

## Art. 7<sup>27</sup>

Plangenehmi-  
gung und  
Betriebs-  
bewilligung

<sup>1</sup> Wer einen industriellen Betrieb errichten oder umgestalten will, muss bei der kantonalen Behörde um die Genehmigung der geplanten Anlage nachsuchen. Diese holt den Bericht der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt ein. Die im Bericht ausdrücklich als Weisungen bezeichneten Anträge werden von der kantonalen Behörde als Auflagen in die Plangenehmigung aufgenommen.<sup>28</sup>

<sup>2</sup> Entspricht die geplante Anlage den Vorschriften, so genehmigt die kantonale Behörde die Pläne, nötigenfalls mit der Auflage, dass besondere Schutzmassnahmen zu treffen sind.

<sup>3</sup> Vor der Aufnahme der betrieblichen Tätigkeit muss der Arbeitgeber bei der kantonalen Behörde um die Betriebsbewilligung nachsuchen. Die kantonale Behörde erteilt die Betriebsbewilligung, wenn Bau und Einrichtungen des Betriebes der Plangenehmigung entsprechen.<sup>29</sup>

<sup>4</sup> Ist für die Errichtung oder Umgestaltung eines Betriebs die Genehmigung einer Bundesbehörde erforderlich, so erteilt diese auch die Plangenehmigung im Verfahren nach Absatz 1. Auf Berichte und Mitberichte sind die Artikel 62a und 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997<sup>30</sup> anwendbar.<sup>31</sup>

## Art. 8<sup>32</sup>

Nichtindustrielle  
Betriebe

Der Bundesrat kann Artikel 7 auf nichtindustrielle Betriebe mit erheblichen Betriebsgefahren anwendbar erklären. Die einzelnen Betriebsarten werden durch Verordnung bestimmt.

<sup>27</sup> Fassung gemäss Ziff. 9 des Anhangs zum Unfallversicherungsgesetz, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (AS **1982** 1676 1724 Art. 1 Abs. 1; BBl **1976** III 141).

<sup>28</sup> Fassung des zweiten und dritten Satzes gemäss Ziff. I 4 des BG vom 21. Dez. 2007 über die Aufhebung und die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren, in Kraft seit 1. Juni 2008 (AS **2008** 2265; BBl **2007** 315).

<sup>29</sup> Zweiter Satz gemäss Ziff. I des BG vom 21. Mai 2008 (AS **2008** 2265; BBl **2007** 315).

<sup>30</sup> SR **172.010**

<sup>31</sup> Eingefügt durch Ziff. I 16 des BG vom 18. Juni 1999 über die Koordination und Vereinfachung von Entscheidungsverfahren, in Kraft seit 1. Jan. 2000 (AS **1999** 3071; BBl **1998** 2591).

<sup>32</sup> Fassung gemäss Ziff. 9 des Anhangs zum Unfallversicherungsgesetz, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (AS **1982** 1676 1724 Art. 1 Abs. 1; BBl **1976** III 141).

**III. Arbeits- und Ruhezeit****1. Arbeitszeit****Art. 9**Wöchentliche  
Höchstarbeitszeit<sup>1</sup> Die wöchentliche Höchstarbeitszeit beträgt:

- a.<sup>33</sup> 45 Stunden für Arbeitnehmer in industriellen Betrieben sowie für Büropersonal, technische und andere Angestellte, mit Einschluss des Verkaufspersonals in Grossbetrieben des Detailhandels;
- b. 50 Stunden für alle übrigen Arbeitnehmer.

<sup>2</sup> ...<sup>34</sup>

<sup>3</sup> Für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern kann die wöchentliche Höchstarbeitszeit durch Verordnung zeitweise um höchstens vier Stunden verlängert werden, sofern sie im Jahresdurchschnitt nicht überschritten wird.

<sup>4</sup> Eine Verlängerung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit um höchstens vier Stunden kann vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)<sup>35</sup> für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern oder für bestimmte Betriebe bewilligt werden, sofern und solange zwingende Gründe dies rechtfertigen.

<sup>5</sup> Auf Büropersonal, technische und andere Angestellte, mit Einschluss des Verkaufspersonals in Grossbetrieben des Detailhandels, die im gleichen Betrieb oder Betriebsteil zusammen mit Arbeitnehmern beschäftigt werden, für die eine längere wöchentliche Höchstarbeitszeit gilt, ist diese ebenfalls anwendbar.

**Art. 10<sup>36</sup>**Tages- und  
Abendarbeit

<sup>1</sup> Die Arbeit von 6 Uhr bis 20 Uhr gilt als Tagesarbeit, die Arbeit von 20 Uhr bis 23 Uhr ist Abendarbeit. Tages- und Abendarbeit sind bewilligungsfrei. Abendarbeit kann vom Arbeitgeber nach Anhörung der Arbeitnehmervertretung im Betrieb oder, wo eine solche nicht besteht, der betroffenen Arbeitnehmer eingeführt werden.

<sup>2</sup> Beginn und Ende der betrieblichen Tages- und Abendarbeit können zwischen 5 Uhr und 24 Uhr anders festgelegt werden, wenn die Ar-

<sup>33</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>34</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, mit Wirkung seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>35</sup> Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde in Anwendung von Art. 16 Abs. 3 der Publikationsverordnung vom 17. Nov. 2004 (SR **170.512.1**) angepasst. Diese Anpassung wurde im ganzen Text vorgenommen.

<sup>36</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

beitnehmervvertretung im Betrieb oder, wo eine solche nicht besteht, die Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmer dem zustimmt. Die betriebliche Tages- und Abendarbeit beträgt auch in diesem Falle höchstens 17 Stunden.

<sup>3</sup> Die Tages- und Abendarbeit des einzelnen Arbeitnehmers muss mit Einschluss der Pausen und der Überzeit innerhalb von 14 Stunden liegen.

## Art. 11

Ausgleich ausfallender Arbeitszeit

Wird die Arbeit wegen Betriebsstörungen, wegen Betriebsferien, zwischen arbeitsfreien Tagen oder unter ähnlichen Umständen für verhältnismässig kurze Zeit ausgesetzt oder werden einem Arbeitnehmer auf seinen Wunsch arbeitsfreie Tage eingeräumt, so darf der Arbeitgeber innert eines angemessenen Zeitraumes einen entsprechenden Ausgleich in Abweichung von der wöchentlichen Höchstarbeitszeit anordnen. Der Ausgleich für den einzelnen Arbeitnehmer darf, mit Einschluss von Überzeitarbeit, zwei Stunden im Tag nicht überschreiten, ausser an arbeitsfreien Tagen oder Halbtagen.

## Art. 12

Voraussetzungen und Dauer der Überzeitarbeit

<sup>1</sup> Die wöchentliche Höchstarbeitszeit darf ausnahmsweise überschritten werden

- a. wegen Dringlichkeit der Arbeit oder ausserordentlichen Arbeitsandranges;
- b. für Inventaraufnahmen, Rechnungsabschlüsse und Liquidationsarbeiten;
- c. zur Vermeidung oder Beseitigung von Betriebsstörungen, soweit dem Arbeitgeber nicht andere Vorkehren zugemutet werden können.

<sup>2</sup> Die Überzeit darf für den einzelnen Arbeitnehmer zwei Stunden im Tag nicht überschreiten, ausser an arbeitsfreien Werktagen oder in Notfällen, und im Kalenderjahr insgesamt nicht mehr betragen als:

- a. 170 Stunden für Arbeitnehmer mit einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 45 Stunden;
- b. 140 Stunden für Arbeitnehmer mit einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 50 Stunden.<sup>37</sup>

<sup>3-4</sup> ...<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).

<sup>38</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, mit Wirkung seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).

**Art. 13**Lohnzuschlag  
für Überzeit-  
arbeit

<sup>1</sup> Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmern für die Überzeitarbeit einen Lohnzuschlag von wenigstens 25 Prozent auszurichten, dem Büropersonal sowie den technischen und andern Angestellten, mit Einschluss des Verkaufspersonals in Grossbetrieben des Detailhandels, jedoch nur für Überzeitarbeit, die 60 Stunden im Kalenderjahr übersteigt.

<sup>2</sup> Wird Überzeitarbeit im Einverständnis mit dem einzelnen Arbeitnehmer innert eines angemessenen Zeitraums durch Freizeit von gleicher Dauer ausgeglichen, so ist kein Zuschlag auszurichten.

**Art. 14<sup>39</sup>****2. Ruhezeit****Art. 15**

Pausen

<sup>1</sup> Die Arbeit ist durch Pausen von folgender Minstdauer zu unterbrechen:

- a. eine Viertelstunde bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als fünfeinhalb Stunden;
- b. eine halbe Stunde bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als sieben Stunden;
- c. eine Stunde bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als neun Stunden.

<sup>2</sup> Die Pausen gelten als Arbeitszeit, wenn die Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz nicht verlassen dürfen.

**Art. 15a<sup>40</sup>**Tägliche  
Ruhezeit

<sup>1</sup> Den Arbeitnehmern ist eine tägliche Ruhezeit von mindestens elf aufeinander folgenden Stunden zu gewähren.

<sup>2</sup> Die Ruhezeit kann für erwachsene Arbeitnehmer einmal in der Woche bis auf acht Stunden herabgesetzt werden, sofern die Dauer von elf Stunden im Durchschnitt von zwei Wochen eingehalten wird.

<sup>39</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, mit Wirkung seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>40</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

**Art. 16<sup>41</sup>**

Verbot der Nachtarbeit Die Beschäftigung von Arbeitnehmern ausserhalb der betrieblichen Tages- und Abendarbeit nach Artikel 10 (Nachtarbeit) ist untersagt. Vorbehalten bleibt Artikel 17.

**Art. 17<sup>42</sup>**

Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit

<sup>1</sup> Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit bedürfen der Bewilligung.

<sup>2</sup> Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Nachtarbeit wird bewilligt, sofern sie aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen unentbehrlich ist.

<sup>3</sup> Vorübergehende Nachtarbeit wird bewilligt, sofern ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen wird.

<sup>4</sup> Nachtarbeit zwischen 5 Uhr und 6 Uhr sowie zwischen 23 Uhr und 24 Uhr wird bewilligt, sofern ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen wird.

<sup>5</sup> Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Nachtarbeit wird vom SECO, vorübergehende Nachtarbeit von der kantonalen Behörde bewilligt.

<sup>6</sup> Der Arbeitgeber darf den Arbeitnehmer ohne dessen Einverständnis nicht zu Nachtarbeit heranziehen.

**Art. 17a<sup>43</sup>**

Dauer der Nachtarbeit

<sup>1</sup> Bei Nachtarbeit darf die tägliche Arbeitszeit für den einzelnen Arbeitnehmer neun Stunden nicht überschreiten; sie muss, mit Einschluss der Pausen, innerhalb eines Zeitraumes von zehn Stunden liegen.

<sup>2</sup> Wird der Arbeitnehmer in höchstens drei von sieben aufeinander folgenden Nächten beschäftigt, so darf die tägliche Arbeitszeit unter den Voraussetzungen, welche durch Verordnung festzulegen sind, zehn Stunden betragen; sie muss aber, mit Einschluss der Pausen, innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Stunden liegen.

**Art. 17b<sup>44</sup>**

Lohn- und Zeitzuschlag

<sup>1</sup> Dem Arbeitnehmer, der nur vorübergehend Nachtarbeit verrichtet, hat der Arbeitgeber einen Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent zu bezahlen.

<sup>41</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>42</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>43</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>44</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>2</sup> Arbeitnehmer, die dauernd oder regelmässig wiederkehrend Nachtarbeit leisten, haben Anspruch auf eine Kompensation von 10 Prozent der Zeit, während der sie Nachtarbeit geleistet haben. Die Ausgleichsruhezeit ist innerhalb eines Jahres zu gewähren. Für Arbeitnehmer, die regelmässig abends oder morgens höchstens eine Randstunde in der Nachtzeit arbeiten, kann der Ausgleich auch als Lohnzuschlag gewährt werden.

<sup>3</sup> Die Ausgleichsruhezeit gemäss Absatz 2 ist nicht zu gewähren, wenn:

- a. die durchschnittliche betriebliche Schichtdauer einschliesslich der Pausen sieben Stunden nicht überschreitet, oder
- b. die Person, die Nachtarbeit leistet, nur in vier Nächten pro Woche (Vier-Tage-Woche) beschäftigt wird, oder
- c. den Arbeitnehmern durch Gesamtarbeitsvertrag oder die analoge Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften andere gleichwertige Ausgleichsruhezeiten innerhalb eines Jahres gewährt werden.

<sup>4</sup> Ausgleichsregelungen nach Absatz 3 Buchstabe c sind dem SECO zur Beurteilung vorzulegen; dieses stellt die Gleichwertigkeit mit der gesetzlichen Ausgleichsruhezeit nach Absatz 2 fest.

#### **Art. 17<sup>c45</sup>**

Medizinische  
Untersuchung  
und Beratung

<sup>1</sup> Der Arbeitnehmer, der über längere Zeit Nachtarbeit verrichtet, hat Anspruch auf eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes sowie darauf, sich beraten zu lassen, wie die mit seiner Arbeit verbundenen Gesundheitsprobleme vermindert oder vermieden werden können.

<sup>2</sup> Die Einzelheiten werden durch Verordnung geregelt. Für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern kann die medizinische Untersuchung obligatorisch erklärt werden.

<sup>3</sup> Die Kosten der medizinischen Untersuchung und der Beratung trägt der Arbeitgeber, soweit nicht die Krankenkasse oder ein anderer Versicherer des Arbeitnehmers dafür aufkommt.

#### **Art. 17<sup>d46</sup>**

Untauglichkeit  
zur Nachtarbeit

Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer, der aus gesundheitlichen Gründen zur Nachtarbeit untauglich erklärt wird, nach Möglichkeit zu einer ähnlichen Tagesarbeit zu versetzen, zu der er tauglich ist.

<sup>45</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).

<sup>46</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS 2000 1569; BBl 1998 1394).



**Art. 17<sup>e47</sup>**

Weitere Massnahmen bei Nachtarbeit

<sup>1</sup> Soweit nach den Umständen erforderlich ist der Arbeitgeber, der regelmässig Arbeitnehmer in der Nacht beschäftigt, verpflichtet, weitere geeignete Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vorzusehen, namentlich im Hinblick auf die Sicherheit des Arbeitsweges, die Organisation des Transportes, die Ruhegelegenheiten und Verpflegungsmöglichkeiten sowie die Kinderbetreuung.

<sup>2</sup> Die Bewilligungsbehörden können die Arbeitszeitbewilligungen mit entsprechenden Auflagen verbinden.

**Art. 18<sup>48</sup>**

Verbot der Sonntagsarbeit

<sup>1</sup> In der Zeit zwischen Samstag 23 Uhr und Sonntag 23 Uhr ist die Beschäftigung von Arbeitnehmern untersagt. Vorbehalten bleibt Artikel 19.

<sup>2</sup> Der in Absatz 1 festgelegte Zeitraum von 24 Stunden kann um höchstens eine Stunde vorgezogen oder verschoben werden, wenn die Arbeitnehmervertretung im Betrieb oder, wo eine solche nicht besteht, die Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmer dem zustimmt.

**Art. 19<sup>49</sup>**

Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit

<sup>1</sup> Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit bedürfen der Bewilligung.

<sup>2</sup> Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit wird bewilligt, sofern sie aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen unentbehrlich ist.

<sup>3</sup> Vorübergehende Sonntagsarbeit wird bewilligt, sofern ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen wird. Dem Arbeitnehmer ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent zu bezahlen.

<sup>4</sup> Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit wird vom SECO, vorübergehende Sonntagsarbeit von der kantonalen Behörde bewilligt.

<sup>5</sup> Der Arbeitgeber darf den Arbeitnehmer ohne dessen Einverständnis nicht zu Sonntagsarbeit heranziehen.

<sup>47</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>48</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>49</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).



<sup>6</sup> Die Kantone können höchstens vier Sonntage pro Jahr bezeichnen, an denen Arbeitnehmer in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen.<sup>50</sup>

**Art. 20<sup>51</sup>**

Freier Sonntag  
und Ersatzruhe

<sup>1</sup> Innert zweier Wochen muss wenigstens einmal ein ganzer Sonntag als wöchentlicher Ruhetag unmittelbar vor oder nach der täglichen Ruhezeit freigegeben werden. Vorbehalten bleibt Artikel 24.

<sup>2</sup> Sonntagsarbeit von einer Dauer bis zu fünf Stunden ist durch Freizeit auszugleichen. Dauert sie länger als fünf Stunden, so ist während der vorhergehenden oder der nachfolgenden Woche im Anschluss an die tägliche Ruhezeit ein auf einen Arbeitstag fallender Ersatzruhetag von mindestens 24 aufeinander folgenden Stunden zu gewähren.

<sup>3</sup> Der Arbeitgeber darf die Arbeitnehmer während der Ersatzruhe vorübergehend zur Arbeit heranziehen, soweit dies notwendig ist, um dem Verderb von Gütern vorzubeugen oder um Betriebsstörungen zu vermeiden oder zu beseitigen; doch ist die Ersatzruhe spätestens in der folgenden Woche zu gewähren.

**Art. 20a<sup>52</sup>**

Feiertage und  
religiöse Feiern

<sup>1</sup> Der Bundesfeiertag ist den Sonntagen gleichgestellt. Die Kantone können höchstens acht weitere Feiertage im Jahr den Sonntagen gleichstellen und sie nach Kantonsteilen verschieden ansetzen.

<sup>2</sup> Der Arbeitnehmer ist berechtigt, an andern als den von den Kantonen anerkannten religiösen Feiertagen die Arbeit auszusetzen. Er hat jedoch sein Vorhaben dem Arbeitgeber spätestens drei Tage im Voraus anzuzeigen. Artikel 11 ist anwendbar.

<sup>3</sup> Für den Besuch von religiösen Feiern muss der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer auf dessen Wunsch die erforderliche Zeit nach Möglichkeit freigeben.

**Art. 21**

Wöchentlicher  
freier Halbttag

<sup>1</sup> Wird die wöchentliche Arbeitszeit auf mehr als fünf Tage verteilt, so ist den Arbeitnehmern jede Woche ein freier Halbttag zu gewähren, mit Ausnahme der Wochen, in die ein arbeitsfreier Tag fällt.

<sup>50</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 21. Dez. 2007, in Kraft seit 1. Juli 2008 (AS **2008** 2903; BBl **2007** 4261 4269).

<sup>51</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>52</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>2</sup> Der Arbeitgeber darf im Einverständnis mit dem Arbeitnehmer die wöchentlichen freien Halbtage für höchstens vier Wochen zusammenhängend gewähren; die wöchentliche Höchstarbeitszeit ist im Durchschnitt einzuhalten.

<sup>3</sup> Artikel 20 Absatz 3 ist sinngemäss anwendbar.<sup>53</sup>

**Art. 22**<sup>54</sup>

Verbot der  
Abgeltung der  
Ruhezeit

Soweit das Gesetz Ruhezeiten vorschreibt, dürfen diese nicht durch Geldleistungen oder andere Vergünstigungen abgegolten werden, ausser bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

<sup>53</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

<sup>54</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. März 1998, in Kraft seit 1. Aug. 2000 (AS **2000** 1569; BBl **1998** 1394).

**Fach 700      Unternehmens- und  
Wirtschaftsberatung**

**Aufgabe 2**

Prüfungsdauer: 60 Minuten

Max. Punkte: 30

---

## **Unternehmens- und Wirtschaftsberatung: Aufgabe 2**

---

**Verfügbare Zeit: 60 Minuten**  
**Max. Punktzahl: 30**

### **Sachverhalt**

Manuel Bucher, Jg. 1954, ist seit Jahren geschäftlich sehr erfolgreich. Den beruflichen Grundstein dazu hat er vor über 30 Jahren mit der Eröffnung eines Heizungs- und Sanitärgeschäftes gelegt. Manuel Bucher ist seit jeher sehr an Innovationen interessiert und hat im Bereich nachhaltige Energiegewinnung wichtige Erfolge erzielen können. Er hat in den vergangenen Jahren mehrere Firmen alleine gegründet und sich an Weiteren beteiligt. Auch hat er verschiedentlich Immobilien erworben und diese an Unternehmen oder Private vermietet. Während den letzten Jahren konnte sich Herr Bucher ein ansehnliches Vermögen aufbauen.

Manuel Bucher hat sich vor rund 10 Jahren scheiden lassen. Aus dieser Ehe hat er zwei Söhne, Roger und Martin. Heute lebt er mit seiner neuen Lebenspartnerin, Susanne, Jg. 1960, in einem schönen Haus in Wilen (OW), direkt am See.

Seit längerer Zeit ist Ihre Arbeitgeberin, die Zahlen & Fakten Treuhand AG, die Treuhandpartnerin von Manuel Bucher und seinen Gesellschaften. Sie sind für die Beratung von Herrn Bucher zuständig.

### **Aufgabe 1**

**(3 Punkte)**

Manuel Bucher fragt Sie, ob es allenfalls Sinn macht, eine Holding zu errichten, um so sein Vermögen zu strukturieren.

- a) Erklären Sie Manuel Bucher in zwei bis drei Sätzen den Begriff „Holding“.

---

---

---

---

---

---

---

- b) Bezeichnet der Begriff „Holding“ eine eigenständige Rechtsform?

---

---

- c) Wann spricht man von einem Konzern? Beantworten Sie ihm die Frage in ein bis zwei Sätzen.

---

---

---

- d) Nennen Sie zwei Nachteile, welche aus Sicht von Herrn Bucher gegen eine Holding sprechen.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 2

(4 Punkte)

Herr Bucher hat gehört, dass die Eidg. Steuerverwaltung eine Steuerreduktion auf massgeblichen Beteiligungen gewährt. Er möchte diesbezüglich mehr Informationen.

- a) Welche zwei Bedingungen sind aus steuerlicher Sicht im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II hierzu erforderlich?

---

---

---

---

---

---

- b) Welche Grenzwerte sind diesbezüglich im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II einzuhalten?

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

- c) Herr Manuel Bucher kann sich unter dem Beteiligungsabzug nichts vorstellen. Machen Sie ihm eine steuerliche Berechnung (gemäss Eidg. Steuerverwaltung) unter Verwendung folgender Angaben:

Reingewinn	CHF 1'500'000
Ertrag aus der Dividende der Tochtergesellschaft	CHF 400'000

Das Resultat ist auf 3 Kommastellen zu runden.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 3

(4 Punkte)

Sie werden damit beauftragt, die Gründung für die geplante Holding (Bucher Investment Holding AG mit Sitz in Wilen/Sarnen OW) von Herrn Bucher vorzubereiten.

- a) Herr Bucher möchte gerne die Gründungsunterlagen in englischer Sprache abfassen lassen, um so dem ganzen Vorhaben einen internationalen Anstrich zu geben. Nehmen Sie dazu Stellung. Bitte begründen Sie Ihre Antwort mit ein bis zwei Sätzen.

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Das Aktienkapital der neuen Holding soll CHF 100'000 betragen. Wie viel muss mindestens gezeichnet werden?

---

---

- c) Das Aktienkapital der neuen Holding soll CHF 100'000 betragen. Wie viel muss mindestens liberiert werden?

---

---

- d) Wenn das Aktienkapital der neuen Holding CHF 300'000 betragen sollte, wie viel muss mindestens liberiert werden?

---

---

---

- e) Herr Bucher möchte von Ihnen im Weiteren wissen, was eine vinkulierte Namenaktie ist? Erklären Sie ihm dies detailliert in zwei bis drei Sätzen.

---

---

---

---

- f) Herr Bucher möchte als einzigen Verwaltungsrat der neuen Holding seinen Sohn Roger benennen. Roger ist Schweizer Bürger, wohnt bereits seit drei Jahren in einem Vorort von Paris und soll die Einzelunterschrift erhalten. Was sagen Sie zu dieser Idee? Erklären Sie Herrn Bucher den rechtlichen Sachverhalt in zwei bis drei Sätzen.

---

---

---

---



- g) Die Bezeichnung „Bucher Investment Holding AG“ ist Herrn Bucher zu lang. Er überlegt sich nun, sein Briefpapier, die Visitenkarten und auch seinen Internetauftritt stattdessen mit der Abkürzung „Bucher Invest“ vorzunehmen. Erklären Sie Manuel Bucher den rechtlichen Sachverhalt in ein bis zwei Sätzen.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 4

(3.5 Punkte)

Die Bucher Investment Holding AG besteht nunmehr seit über einem Jahr. Bereits konnte sie erste Dividendenzahlungen ihrer Tochtergesellschaften vereinnahmen. Auch hat sie gegenüber ihrer Tochtergesellschaften Darlehen gewährt.

- a) Die Bucher Investment Holding AG gewährt ihrer Tochtergesellschaft, der Bucher Energy AG, aus eigenen Mitteln ein Darlehen über CHF 200'000. Wie hoch hat die Verzinsung **mindestens** zu sein? (Beilage 1, Rundschreiben ESTV)

---

---

- b) Die Bucher Investment Holding AG gewährt ihrem Aktionär, Manuel Bucher, einen Kredit. Ergänzen Sie nachvollziehbar die detaillierte Zinsstaffel des Kontos unter Anwendung des Mindestzinssatzes gemäss Beilage 1, Rundschreiben ESTV. Zinsberechnung nach Deutscher Methode: 30/360. Rundung: auf Rappen, zwei Kommastellen.

<b>Berufsprüfung für Treuhänder 2014</b>
--

Zinsstaffel	Bucher Invest Holding AG
-------------	--------------------------

Zins in %:

Zinsstaffel	Bucher Invest Holding AG
-------------	--------------------------

Datum	Blg	Text	G-Konto	Soll	Haben	Saldo	Tage	Zins
<b>KK Aktionär</b>								
		Saldo Vortrag		5'500.00		5'500.00		
16.07.13	2	Bezug Aktionär	1020	20'000.00		25'500.00		
31.07.13	8	Bezug Aktionär	1025	12'132.00		37'632.00		
10.08.13	10	Gutschrift Aktionär	1025		24'282.00	13'350.00		
19.09.13	17	Bezug Aktionär	1025	37'500.00		50'850.00		
19.11.13	20	Bezug Aktionär	1025	61'150.00		112'000.00		
14.12.13	22	Gutschrift Aktionär	1020		83'200.00	28'800.00		
<b>Total Soll</b>				<b>136'282.00</b>				
<b>Total Haben</b>					<b>107'482.00</b>	<b>28'800.00</b>		

<b>Total Zinsbetrag</b>	<b>CHF</b>
-------------------------	------------

Notizen und Bemerkungen:

## Aufgabe 5

(2 Punkte)

Herr Bucher beschliesst, das Aktienkapital (CHF 100'000, aufgeteilt in 100'000 Aktien à CHF 1.00 nom.) der Bucher Investment Holding AG zu erhöhen. Nachstehend sehen Sie einen Auszug aus der öffentlichen Urkunde über die Beschlüsse der ausserordentlichen Generalversammlung der Bucher Investment Holding AG betreffend Kapitalerhöhung:

...

**II. Verhandlungen und Beschlüsse**  
**1. Erhöhung des Aktienkapitals**

*Es wird einstimmig beschlossen, das Aktienkapital von bisher CHF 100'000 um CHF 50'000 nominal auf neu CHF 150'000 nominal zu erhöhen. Dabei wird gleichzeitig ein Agio in der Höhe von CHF 100'000 bezahlt. Somit ist der Ausgabepreis CHF xxxx pro Aktie (CHF 1.00 nom.).*

**2. Art der Einlagen**

*Kapitalerhöhung durch Bareinzahlung von CHF 150'000 (CHF 150'000 per dato Kapitalerhöhung: CHF 100'000 Agio und CHF 50'000 für Aktien).*

*Diese Kapitalerhöhung ist vom Verwaltungsrat innert drei Monaten durchzuführen. Wird die Kapitalerhöhung nicht innerhalb dieser Frist im Handelsregister eingetragen, so fällt der heutige Beschluss der Generalversammlung dahin (Art. 650 Abs. 3 OR).*

...

- a) Wie hoch ist der Ausgabepreis pro Aktie in CHF?

---

---

- b) Die provisorische Bilanz per 31. Dezember 2013 wurde bereits erstellt. Die Verbuchung des obigen GV-Beschlusses wurde noch nicht vorgenommen. Nennen Sie die Buchungssätze (unter Anwendung des neuen Rechnungslegungsrechts) für den vorstehend erwähnten GV-Beschluss, für die Verbuchung der Bankspesen des Sperrkonto (CHF 300) sowie für die Notariats- und Handelsregistergebühren (CHF 3'000). Die Kapitalerhöhung wurde noch im Dezember 2013 durchgeführt und die Rechnungen ebenfalls noch im alten Jahr beglichen.

---

---

---


---

---

---

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

- c) Füllen Sie aufgrund der Kapitalerhöhung vom Dezember 2013 das Formular 170 mit sämtlichen Angaben vollständig und korrekt aus.

 Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun Svizra




Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
**Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV**  
Hauptabteilung Direkte Bundessteuer,  
Verrechnungssteuer, Stempelabgaben  
3003 Bern, Eigenstrasse 65  
www.estv.admin.ch

**Form. 170**

Dossier 5- 0123456  
Bitte angeben

**ESTV**

Name und Adresse der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft  
**RR CH-3003 Bern, ESTV, DVS**

**Kapitaleinlagen**

**Meldung über Veränderungen auf dem gesonderten Konto (Bildung, Ein- oder Rückzahlungen)**  
gemäss Art. 5 Abs. 1<sup>ter</sup> des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer

Tel. 041 886 xx xx

E-Mail [info@zahlen-fakten.ch](mailto:info@zahlen-fakten.ch)

Ref. **Zahlen & Fakten Treu**

Anfangsbestand per:

+ Einlagen, Aufgelder und Zuschüsse

- Rückzahlungen von Einlagen, Aufgeldern und Zuschüssen


- Verrechnung der Reserve aus Kapitaleinlagen mit Verlusten oder andere Veränderungen

Endbestand per:

	Fr.	
	Fr.	
	Fr.	
	Fr.	
	Fr.	

**Zum vorliegenden Formular sind einzureichen:**

- Unterzeichnete Jahresrechnung (Bilanz/Erfolgstechnung/Anhang)
- Generalversammlungsbeschluss
- Unterzeichneter Kontoauszug des gesonderten Kontos
- Nachweise (Kapitaleinlagevertrag, Forderungsverzichtserklärung, Kapitalerhöhungsbericht, usw.)



10. Januar 2014

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift:

ESTV - 1.11.2011 - 1.7.32

### Aufgabe 6

(5.5 Punkte)

Manuel Bucher hat durch seine erfolgreiche Geschäftstätigkeit, durch die ständigen Expansionen seiner Gesellschaften und durch die Gründung und die Beteiligung an diversen Unternehmen ein kleines Imperium aufgebaut. Nach der Errichtung seiner Bucher Investment Holding AG wurden bisher keine weiteren organisatorischen Massnahmen getroffen, obwohl diese dringend notwendig wären. Insbesondere bei der Bucher Heizung und Sanitär AG, Wilen, deren Abläufe oftmals nicht klar definiert und Stellvertretungen und Zuständigkeiten entweder nicht richtig oder überhaupt nicht geregelt sind. Aufgrund des Wachstums der Firma drängt sich ein Organisationsprojekt auf.

- a) Vor Projektbeginn müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein, damit das Projekt Aussicht auf Erfolg hat. Nennen Sie vier wesentliche Punkte.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Sie empfehlen Herrn Bucher, Stellenbeschreibungen zu verfassen. Manuel Bucher fragt Sie, was in einem Stellenbeschrieb festgelegt wird. Nennen Sie ihm 10 klar voneinander zu unterscheidende Punkte.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

c) Die Mitarbeitermotivation kann mit verschiedenen Anreizen gesteigert werden.

c.1. Nennen Sie vier mögliche materielle Anreizsysteme, die in den Betrieben von Manuel Bucher zum Einsatz kommen könnten.

---

---

---

---

---

c.2. Nennen Sie vier mögliche immaterielle Anreizsysteme, die in den Betrieben von Manuel Bucher zum Einsatz kommen könnten.

---

---

---

---

---

### Aufgabe 7

(5.5 Punkte)

Im April erhalten die Abteilungsleiter der Bucher Heizung und Sanitär AG neu einen Bonus, sofern sie ihre Zielvorgaben erreicht haben. Ferdinand Rohrer, geb. 28. Mai 1959, verheiratet, neuer Leiter des Sanitärbereichs (er hat vor kurzem das eidg. Diplom zum Sanitärmeister abgeschlossen), kommt erstmals in den Genuss dieser neuen Bonusregelung. Erstellen Sie seine April-Lohnabrechnung unter Verwendung nachstehender Angaben. Die Lohnabrechnung ist so zu erstellen, dass sie für den Mitarbeiter nachvollziehbar und verständlich ist und ausgehändigt werden kann. Die Berechnung des BVG-Abzuges wollen Sie bitte detailliert nachweisen. Alle Beträge sind auf CHF 0.05 zu runden.

Grundlohn pro Jahr, brutto	CHF 104'000
Auszahlung	13 x

Spesen gem. Spesenabrechnung April	CHF 340
------------------------------------	---------

BVG	Sparbeitrag vom versicherten Grundlohn	18%
	Risikobeitrag vom versicherten Grundlohn	4%
	Verwaltungskosten pro Mitarbeiter/Jahr gesamt	CHF 200
	Finanzierung AG/AN	je hälftig

KTG	Versicherungsprämie	2%
	Finanzierung AG/AN	je hälftig

Nichtberufs-Unfallversicherung	1.5%
Berufsunfallversicherung	1%

Kinderzulagen pro Monat/Kind	CHF 200
Ausbildungszulagen pro Monat/Kind	CHF 250

(Sohn Maximilian, 20 J., Lehre als Kaufmann bis Sommer 2015; Tochter Tabita, 26 J., Studium an der pädagogischen Hochschule Luzern, nachdem sie ebenfalls eine kaufmännische Grundausbildung absolviert hat.).

Das Geschäftsauto, VW Tiguan 2.0TDI 177PS DSG BlueMotion, Neupreis CHF 55'000 (exkl. MWST), wird von der Unternehmung zur Verfügung gestellt und kann privat genutzt werden.

Bonuszahlung im April	CHF 5'000
Einmalige Anerkennungsprämie zum Abschluss als eidg. Sanitärmeister	CHF 500

<b>Berufsprüfung für Treuhänder 2014</b>
--

**Bucher Heizung und Sanitär AG, Wilen**

Herr  
Ferdinand Rohrer  
Blumengasse 17  
6060 Ramersberg

## Lohnabrechnung April 2014

Wilén, 25.04.2014

[illegible]

Die Auszahlung erfolgt auf Konto Raiffeisen, Nr. xyz



**Berechnung BVG-Abzug:**

[illegible]

**Aufgabe 8** (1.5 Punkte)

**(1.5 Punkte)**

Martin, der zweite Sohn von Manuel Bucher, hat seinen Bachelor of Science in Gebäudetechnik soeben erfolgreich abgeschlossen und wird in das Unternehmen seines Vaters einsteigen. Manuel Bucher möchte beruflich gerne etwas kürzer treten, vermehrt längere Auslandsreisen tätigen und sein Hobby, das Bergsteigen, wieder intensiver betreiben. Sein Sohn wird deshalb zum Stellvertreter ernannt, der die Bucher Heizung und Sanitär AG rechtsgültig vertreten soll und auch eine entsprechende Zeichnungsberechtigung erhalten. Manuel Bucher hat von verschiedenen Zeichnungsarten gehört. Er klären Sie ihm die nachstehenden Zeichnungsarten in zwei bis drei Sätzen.

a) Handlungsvollmacht

---

---

---

---

b) Prokura

---

---

---

---

c) Vollunterschrift

---

---

---

---

---

**Aufgabe 9**

**(1 Punkt)**

Nebst Manuel Bucher hat bisher niemand eine Zeichnungsberechtigung, auch seine Lebenspartnerin Susanne nicht. Manuel Bucher möchte seinem Sohn eine Kollektivunterschrift zu zweien erteilen und fragt Sie um Ihre Meinung. Nehmen Sie dazu detailliert Stellung.

---

---

---

---

---

---

---

---

## Direkte Bundessteuer Verrechnungssteuer

Bern, 25. Februar 2013  
Pur/Ds

### Rundschreiben

#### ***Steuerlich anerkannte Zinssätze 2013 für Vorschüsse oder Darlehen in Schweizer Franken***

Die Gewährung unverzinslicher oder ungenügend verzinsster Vorschüsse oder Darlehen an Beteiligte oder an ihnen nahe stehende Dritte stellt eine geldwerte Leistung dar. Dasselbe gilt für übersetzte Zinsen, die auf Grund von Verpflichtungen gegenüber Beteiligten oder ihnen nahe stehenden Dritten vergütet werden. Solche geldwerte Leistungen unterliegen gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgesetzes vom 13. Oktober 1965 über die Verrechnungssteuer (VStG) und Artikel 20 Absatz 1 der Vollziehungsverordnung vom 19. Dezember 1966 zum VStG (VStV) der Verrechnungssteuer von 35 % und sind mittels Formular 102 unaufgefordert innert 30 Tagen nach Fälligkeit zu deklarieren. Innert der gleichen Frist ist auch die geschuldete Verrechnungssteuer zu entrichten. Die gleichen Kriterien gelten auch bei der direkten Bundessteuer für die Berechnung der geldwerten Leistungen von Kapitalgesellschaften und von Genossenschaften (vgl. Art. 58 Abs.1 Bst. b des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer [DBG]).

Für die Bemessung einer angemessenen Verzinsung von Vorschüssen oder Darlehen in Schweizer Franken an Beteiligte oder ihnen nahe stehende Dritte oder von Beteiligten oder ihnen nahe stehenden Dritten stellt die Eidg. Steuerverwaltung (ESTV), Hauptabteilung Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer, Stempelabgaben seit dem **1. Januar 2013** auf die folgenden Zinssätze ab:

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV  
Eigerstrasse 65  
3003 Bern  
[www.estv.admin.ch](http://www.estv.admin.ch)

2-104-DV-2013-d

## Zinssatz

### 1 Für Vorschüsse an Beteiligte oder nahe stehende Dritte (in CHF) **mindestens:**

1.1	aus Eigenkapital finanziert und wenn kein Fremdkapital verzinst werden muss		1 ½	%
1.2	aus Fremdkapital finanziert	Selbstkosten + mindestens	¼ - ½	% *
			1 ½	%

- \* - bis und mit CHF 10 Mio. ½ %  
 - über CHF 10 Mio. ¼ %

### 2 Für Vorschüsse von Beteiligten oder nahe stehenden Dritten (in CHF)

#### **höchstens:**

		Wohnbau und Landwirtschaft	Industrie und Gewerbe
2.1	Liegenschaftskredite:		
	- bis zu einem Kredit in der Höhe der ersten Hypothek, d.h. 2/3 des Verkehrswertes der Liegenschaft	1 ½ %	2 %
	- Rest	2 ¼ % **	2 ¾ % **

wobei folgende Höchstsätze für die Fremdfinanzierung gelten:

- Bauland, Villen, Eigentumswohnungen, Ferienhäuser und Fabrikliegenschaften bis 70 % vom Verkehrswert
- Übrige Liegenschaften bis 80 % vom Verkehrswert

#### 2.2 Betriebskredite:

- |   |          |
|---|----------|
| - bei Handels- und Fabrikationsunternehmen            | 3 ¾ % ** |
| - bei Holding- und Vermögensverwaltungsgesellschaften | 3 ¼ % ** |

\*\* Bei der Berechnung der steuerlich höchstzulässigen Zinsen ist auch ein allfällig bestehendes verdecktes Eigenkapital zu beachten. Es wird hierzu auf das Kreisschreiben Nr. 6 der direkten Bundessteuer vom 6. Juni 1997 betreffend verdecktes Eigenkapital (Art. 65 und 75 DBG) bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften verwiesen, welches auch für die Belange der Verrechnungssteuer und Stempelabgaben massgebend ist.

Abteilung Externe Prüfung



Gilbert Purro  
Chef

**Fach 700      Unternehmens- und  
Wirtschaftsberatung**

**Aufgabe 3**

Prüfungsdauer: 30 Minuten

Max. Punkte: 15

## **Unternehmens- und Wirtschaftsberatung: Aufgabe 3**

**Verfügbare Zeit: 30 Minuten**  
**Max. Punktzahl: 15**

### **Blumenladen Surber**

Frau Surber ist seit 5 Jahren Kundin der Treuhandfirma Loser AG. Sie ist seit 13 Jahren als Floristin in einer Gärtnerei angestellt und Sie haben bisher für Frau Surber die Steuererklärung ausgefüllt.

Anfangs Januar kommt Frau Surber zu Ihnen, weil sie sich mit einem Blumen- und Geschenkartikelladen selbständig machen möchte. Ihre Idee ist, mit möglichst wenig Mitteln und eigenständig das Geschäft zu führen. Im weiteren möchte sie auf Statutenerstellung und weiteren administrativen Gründungsaufwand verzichten. Frau Surber hat bereits ein zu vermietendes Ladenlokal reserviert.

Als zukünftige Treuhänderin bzw. Treuhänder beraten Sie Frau Surber.

#### **Frage 1**

**(0.5 Punkte)**

Frau Surber ist sich über die Rechtsform des Blumenladens unschlüssig. Welche Rechtsform würden Sie anhand des obgenannten Sachverhaltes empfehlen?

---

#### **Frage 2**

**(1 Punkt)**

Nennen Sie Frau Surber vier wichtige, unterschiedliche Voraussetzungen, die es braucht, um sich selbständig zu machen und ein Geschäft erfolgreich zu führen.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Frage 3

(4 Punkte)

Da Frau Surber über zu wenige Eigenmittel für die benötigten Anfangsinvestitionen verfügt, möchte sie bei der Bank einen Kredit beantragen. Sie erklären ihr, dass die Bank einen Businessplan verlangen wird. Damit Frau Surber die notwendigen Informationen zusammenstellen kann, nennen Sie ihr acht unterschiedliche Themen, die der Businessplan enthalten sollte und beschreiben Sie in jeweils zwei Stichworten, was diese Themen beinhalten.

1. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

2. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

4. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

5. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

6. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

7. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

8. \_\_\_\_\_

Stichworte: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### **Frage 4**

**(7 Punkte)**

Frau Surber fragt Sie, ob Sie ein Budget für das erste Geschäftsjahr erstellen würden. Der Blumenladen ist der MWST-Pflicht unterstellt und rechnet nach effektiver Methode ab. Ergänzen Sie bitte anhand der nachfolgenden Angaben von Frau Surber das Budget auf dem beiliegenden Raster. Alle Berechnungen sind ausführlich und nachvollziehbar auf dem nachfolgenden Raster aufzuzeigen. Ergänzen Sie die leere Zeile mit der fehlenden Kontenbezeichnung und dem fehlenden Betrag. Für die Abschreibungen beachten Sie das Merkblatt.

Rundungsregeln: Berechnungen zum Budget auf CHF 0.05 runden, danach sind die Beträge für die Budgeterstellung auf CHF 1.00 zu runden und einzutragen.

- Den Erlös aus Blumenverkäufen schätzt Frau Surber auf CHF 164'000 inkl. MWST), jenen aus dem Verkauf von Geschenkartikeln auf CHF 97'200 (inkl. MWST). Der Bruttogewinn beträgt 58 %.
- Um den Laden und das Büro einzurichten, plant Frau Surber Mobiliar im Betrag von CHF 32'400 (inkl. MWST) zu kaufen.
- Die Miete für das Ladenlokal mit kleinem Büro und zwei Parkplätzen beträgt CHF 1'998 (inkl. MWST) pro Monat.
- Frau Surber wird zwei bis drei Mal pro Woche an die Blumenbörse fahren, um Frischblumen einzukaufen. Dazu kauft sie sich ein Occasionsfahrzeug im Betrag von CHF 27'000 (inkl. MWST). Das Fahrzeug wird rein geschäftlich genutzt.
- Eine Kollegin wird Frau Surber im Laden aushelfen. Der Stundenlohn für diese Mitarbeiterin beträgt CHF 35.00. Frau Surber schätzt, dass die Mitarbeiterin monatlich 45 Stunden arbeiten wird. Der Ferienanspruch beträgt 4 Wochen und wird ausbezahlt. Die Mitarbeiterin wird den ganzen Sommermonat Juli nicht tätig sein. Eine Gratifikation oder 13. Monatslohn wird nicht vereinbart. Die Prämiensätze für die Sozialversicherungen sind wie folgt zu berücksichtigen: UVG: BU 0.6 %, NBUV 1.5 %; KTG 1.6 %; FAK 1.35 %, Verwaltungskosten Ausgleichskasse 2 %. Soweit gesetzlich erlaubt, zieht Frau Surber die Prämien vom Lohn ab.
- Die Bank hat aufgrund des Businessplanes einen Kredit im Betrag von CHF 60'000 gewährt. Der Zinssatz beträgt 4 %.
- Die Abschreibungen erfolgen degressiv.



<b>Berufsprüfung für Treuhänder 2014</b>
--

### Berechnungen zum Budget (auf CHF 0.05):

This image shows a single sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Budget in CHF 1.00

Nettoerlös aus Verkauf Blumen	.....	
Nettoerlös aus Verkauf Geschenkartikeln	<u>.....</u>	
Total Nettoerlös Lieferungen/Leistungen	.....	
- Warenaufwand	.....	
<hr/>		
= Bruttogewinn	.....	
- Personalaufwand (inkl. Sozialvers.)	.....	
.....	.....	
- Raumaufwand	.....	
- Unterhalt und Reparaturen		2'000
- Fahrzeug- und Transportaufwand		3'600
- Sachversicherungen, Abgaben und Gebühren		2'000
- Energie- und Entsorgungsaufwand		2'400
- Verwaltungsaufwand		6'000
- Werbeaufwand		4'500
- übriger Betriebsaufwand		1'200
- Zinsaufwand	.....	
- Abschreibungen	.....	
<hr/>		
Betriebserfolg / Unternehmerlohn	.....	
	=====	

### **Frage 5**

**(1 Punkt)**

Muss sich Frau Surber mit ihrem Unternehmen einer Pensionskasse anschliessen? Begründen Sie Ihre Antwort.

---

---

---

---

---

### **Frage 6**

**(1 Punkt)**

Welche Risiken sollte Frau Surber mittels einer Sachversicherung versichern? Nennen Sie vier verschiedene Untergruppen der Sachversicherung.

1. 

---
2. 

---
3. 

---
4. 

---

### **Frage 7**

**(0.5 Punkte)**

Welche zwei zusätzlichen nicht obligatorischen Versicherungen (ohne Personalversicherung und Sachversicherung gemäss Aufgabe 6) empfehlen Sie Frau Surber für das Unternehmen abzuschliessen?

---

---

### **Beilage 1: Abschreibungstabelle**

# **Fach 701      Finanzielles Rechnungswesen/Finanzmanagement**

## **Aufgabe 4**

Prüfungsdauer: 120 Minuten

Max. Punkte: 60

## Finanzielles Rechnungswesen / Finanzmanagement Teil 1

Verfügbare Zeit: 120 Minuten  
Max. Punktzahl: 60

### Teil 1: Finanzielles Rechnungswesen und Finanzmanagement

<b>A</b>	<b>Finanzielles Rechnungswesen</b>	<b>30 Punkte</b>
----------	------------------------------------	------------------

**Fall 1**                                      **Wertschriftenbuchhaltung / Rendite**                                      **12 Punkte**

#### Information

Der Verwaltungsrat der LiveCare AG hat beschlossen, überschüssige Liquidität sicher und rentabel in schweizerische Aktien und Obligationen anzulegen.

Auszug aus dem Kontenplan der LiveCare AG:

1020 Bank	1176 Debitor Verrechnungssteuer	6940 Wertschriftenaufwand
1060 Wertschriften	1300 Aktive Rechnungsabgrenzung	6960 Wertschriftenertrag
1069 WB Wertschriften	1480 Beteiligung	

Das Konto 1060 Wertschriften weist per 31.12.2011 das folgende Inventar aus:

Titel	Anzahl	nominal	Zinstermin	Anschaffungswert	Wert per 31.12.2011
A-Aktie	150	64.00	-	38.00	52.00
B-Aktie	3'600	12.00	-	11.00	8.00
3%-Obligation	4	5'000.00	24.9.	95.5%	101.5%

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

Aufgabe 1:

Bestimmen Sie den Saldo der nachfolgenden Konten per 31.12.2011, wenn die Wertschriften gemäss FER 2/7 einzeln zu bilanzieren sind:

Konto	Berechnung	Saldo CHF
1060 Wertschriften		
1069 Wertberichtigung Wertschriften		
1300 Aktive Rechnungsabgrenzung		

### Information

Per 31.12.2013 hat das Konto 1060 Wertschriften das folgende Inventar:

Titel	Anzahl	nominal	Zinstermin	Anschaffungswert	Wert per 31.12.2013
A-Aktie	150	64.00	-	38.00	76.00
B-Aktie	3 600	12.00	-	11.00	7.00
C-Aktien	26	18.00	-	9.00	5.00
3%-Obligation	4	5 000.00	24.9.	95.5%	101.5%
2½%-Obligation	6	10 000.00	6.3. / 6.9.	89.25%	97.5%

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Aufgabe 2:

Verbuchen Sie die nachfolgenden Vorgänge bei den Wertschriften in der Periode vom 1.1.2014 bis 30.6.2014. Die LiveCare AG erstellt per 30.6.2014 einen Zwischenabschluss.

Der Kurserfolg ist jeweils nach jeder Transaktion sofort zu verbuchen. Die Anzahl Zeilen im Raster muss nicht mit der Lösung übereinstimmen. Das Konto 1300 Aktive Rechnungsabgrenzung wird ruhend geführt. Alle Zins- und Tageberechnungen erfolgen auf der Basis von 30 Tage/Monat, das Jahr zu 360 Tagen (Kaufmännische Zinsmethode).

#### 2.1 Verkauf von B-Aktien

15.1.2014: Verkauf von 1'200 B-Aktien zum Preis von CHF 6.00 pro Aktien.

Verkaufsspesen der Bank CHF 65.00. Die Transaktion wird über die Bank abgewickelt.

Soll	Haben	Betrag

#### 2.2 Dividende B-Aktie

22.2.2014: Ausschüttung einer Dividende von 4% je B-Aktie.

Soll	Haben	Betrag

#### 2.3 Nennwertrückzahlung A-Aktie

25.2.2014: Anstelle einer Dividende wird bei der A-Aktie eine Nennwertrückzahlung von CHF 4.00 je Aktie beschlossen.

Soll	Haben	Betrag

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### 2.4 Zinszahlung der 2½%-Obligation

Am 6.3.2014 wird der Zins der 2½%-Obligation ausbezahlt.

Soll	Haben	Betrag

### 2.5 Verkauf von 3%-Obligationen

12.3.2014: Verkauf von zwei 3%-Obligationen zum Kurs von 103%. Verkaufsspesen der Bank CHF 90.00. Die Obligationen wurden am 15.6.2010 gekauft; die Bankspesen betrugen dazumal CHF 116.00.

Soll	Haben	Betrag

### 2.6 Rendite der 3%-Obligation

Welche Rendite wurde mit dieser 3%-Obligation erzielt?



## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### 2.7 Kontoführung

Führen Sie das Konto 1300 Aktive Rechnungsabgrenzung vom 1.1.2014 bis zum 30.6.2014 und schliessen Sie dieses ab.

Datum 2014	Text	1300 Aktive Rechnungsabgrenzung	
		Soll	Haben
1.1.	Eröffnungsbilanz	635.–	

**Fall 2****Umwandlung Einzelfirma in Aktiengesellschaft****11 Punkte****Information**

Der Inhaber der EINZELFIRMA HUBER, BODENBELÄGE hat sich entschlossen, seine Einzelfirma in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Sie sind beauftragt, diesen Prozess zu begleiten. Die Ausgangslage (Beträge in TCHF):

Bilanz vor Abschlussbuchung per 31.12.13					
Liquide Mittel	25		Verbindlichkeiten	24	
Wertschriften	8		Passive Rechnungsabgrenzung	8	
Forderungen	42				
Aktive Rechnungsabgrenzung	9		Rückstellungen langfristig	4	
Vorräte	13				
			Privat	-80	
Anlagevermögen	35		Eigenkapital	82	
			Jahreserfolg	94	
Bilanzsumme	132		Bilanzsumme	132	

Erfolgsrechnung pro 2013		
Umsatzerlös	830	
Warenaufwand	615	215
Raumaufwand	35	
Verwaltungsaufwand	18	
Unterhalt und Reparatur	6	
Werbeaufwand	9	
Fahrzeugaufwand	45	
Abschreibungen	8	121
Jahreserfolg		94

**Aufgabe 3:**

Kann der Inhaber mit der vorstehenden Bilanz die Einzelfirma in eine Aktiengesellschaft mit einem voll liberierten Aktienkapital von CHF 100'000 umwandeln? Begründen Sie Ihre Antwort.

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

In einer ersten Phase nehmen Sie die Abschlussbuchungen per 31.12.13 vor. Es sind die folgenden Konten zu bereinigen:

1	Wertschriften	Bei den Wertschriften handelt es sich um an der Börse gehandelte Aktien und Obligationen, welche am Bilanzstichtag einen gesicherten Wert von 12 erreichen.
2	Forderungen	Die Debitorenbuchhaltung wird als Offen-Posten-Buchhaltung geführt. Der ausgewiesene Bestand zeigt den Eröffnungssaldo per 1.1.13. Die Debitorenliste zeigt per 31.12.13 einen Bestand von 44. In diesem Bestand sind Debitoren im Umfang von 4 enthalten, welche schon älter als vier Jahre sind und als definitiv uneinbringbar zu klassieren sind. Vom verbleibenden Wert ist ein Delkredere von 5% zu bilden.
3	Vorräte	Die Lagerbuchhaltung wird ohne laufende Inventur geführt. Der ausgewiesene Bestand zeigt den Eröffnungssaldo per 1.1.13. Das Inventar per 31.12.13 ergab zu Anschaffungspreisen einen Wert von 15. Wie in den Vorjahren ist der Wert um den steuerprivilegierten Warendrittel tiefer zu bilanzieren.
4	Anlagevermögen	Vom Anlagevermögen kann pauschal 20% vom ausgewiesenen Wert abgeschrieben werden. Der in den Abschreibungen bereits ausgewiesene Wert von 8 stammt aus dem Verkauf einer Bodenschleifmaschine, welche unter dem Buchwert veräußert worden ist.
5	Passive Rechnungsabgrenzung	Das Konto passive Rechnungsabgrenzung wird als ruhendes Konto geführt. Die Aufstellung zeigt, dass per 31.12.13 zeitliche Abgrenzungen von insgesamt 12 zu bilanzieren sind. Diese betreffen vor allem den Verwaltungsaufwand.
6	Rückstellungen langfristig	Das Konto Rückstellungen langfristig wird als ruhendes Konto geführt. Für Garantearbeiten ist mit einem Risiko von 3 zu rechnen. Die Differenzbuchung ist auf dem Konto Umsatzerlös vorzunehmen.
7	Jahreserfolg	Der sich aus der Erfolgsrechnung ergebende Gewinn oder Verlust ist über die Bilanz zu verbuchen. Ferner ist die Erfolgsrechnung abzuschliessen.

### Aufgabe 4:

Verbuchen Sie die vorstehenden Buchungstatsachen.

Es sind nur die in der nachfolgenden Abschlusstabelle in Aufgabe 5 aufgeführten Konten erlaubt.

Nr.	Soll	Haben	Betrag

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Aufgabe 5:

Führen Sie die nachstehende Abschlusstabelle mit der in Aufgabe 4 erstellten Buchungen nach.

Abschlusstabelle per 31.12.13				Abschluss per 31.12.13	
	Soll	Haben	Veränderung	Soll	Haben
Liquide Mittel	25				
Wertschriften	8				
Forderungen	42				
Delkredere	0				
Aktive Rechnungsabgrenzung	9				
Vorräte	13				
Anlagevermögen	35				
Verbindlichkeiten		24			
Passive Rechnungsabgrenzung		8			
Rückstellungen langfristig		4			
Privat	80				
Eigenkapital		82			
Umsatzerlös		830			
Warenaufwand	615				
Raumaufwand	35				
Verwaltungsaufwand	18				
Unterhalt- und Reparatur	6				
Werbeaufwand	9				
Fahrzeugaufwand	45				
Abschreibungen	8				
Debitorenverlust	0				
Finanzerfolg	0				
Erfolgsrechnung	0				
Kontrolltotal	948	948			

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Information

Die Umwandlung der EINZELFIRMA HUBER, BODENBELÄGE wurde um drei Monate verschoben.

Der Zwischenabschluss per 31.03.14 zeigt das folgende Bild (Beträge in TCHF):

Zwischenbilanz per 31.03.14				
Liquide Mittel	23		Verbindlichkeiten	18
Wertschriften	7		Passive Rechnungsabgrenzung	8
Forderungen	40			
Delkredere	-2		Rückstellungen langfristig	4
Aktive Rechnungsabgrenzung	9			
Vorräte	15		Privat	0
			Eigenkapital	95
Anlagevermögen	33			
Bilanzsumme	125		Bilanzsumme	125

Ziel ist es, ein Aktienkapital von CHF 100'000 voll liberieren zu können. Ein allfällig grösseres Eigenkapital würde dem Inhaber Huber auf seinem Privatkonto gutgeschrieben.

Ferner wird bestimmt:

1. Die Kosten der Umwandlung werden der neuen Aktiengesellschaft belastet.
2. Die Buchhaltung der Einzelfirma wird weitergeführt. Der Kontenplan der Einzelfirma wird anfänglich mit den folgenden Konten ergänzt:
  - a. Aktienkapital
  - b. Kontokorrent Huber
3. Steuerliche und sozialversicherungstechnische Aspekte werden nicht berücksichtigt.
4. Der Mehrwertsteuer ist keine Beachtung zu schenken.

Ausgehend von der Zwischenbilanz wird die Umwandlungsbilanz erstellt. Als Treuhänder begutachten Sie die einzelnen Bilanzpositionen und stellen fest:

1. Die Warenvorräte sind um einen Drittel zu tief bilanziert. Das Warenlager ist neu nur um  $6\frac{2}{3}\%$  zu wertberichtigen. Die restlichen stillen Reserven sind aufzulösen.
2. Das Anlagevermögen hat einen Nutzwert von 42 und ist auf diesen aufzuwerten.
3. Die Rückstellungen langfristig sind bis auf 1 aufzulösen.

Aufgabe 6:

Nehmen Sie aufgrund der vorstehenden Vorgaben die notwendigen Buchungen vor und erstellen Sie die Eröffnungsbilanz der Huber Bodenbeläge AG.

Verwenden Sie für das Konto Bewertungsdifferenzen. Dieses ist am Schluss auf das Konto Eigenkapital zu übertragen. Steuerlichen Aspekten ist keine Rechnung zu tragen.

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

Soll	Haben	Betrag

Eröffnungsbilanz der Huber Bodenbeläge AG per 1. April 2014				
liquide Mittel			Verbindlichkeiten	
Wertschriften			Passive Rechnungsabgrenzung	
Forderungen			Kontokorrent Huber	
Delkredere				
Aktive Rechnungsabgrenzung			Rückstellungen langfristig	
Vorräte				
			Aktienkapital	
Anlagevermögen				
Bilanzsumme			Bilanzsumme	

## Fall 3

## Mittelflussrechnung

3 Punkte

### Information

Im Zusammenhang mit der Erstellung einer Mittelflussrechnung sind aus dem vorhandenen Datenmaterial zu berechnen:

1. Zahlungen von Klienten
2. Zahlungen an Lieferanten
3. Zahlungen Finanzaufwand

### Aufgabe 7:

Rechtsanwaltskanzlei

		Forderung aus Lieferung und Leistung	Ertrag Honorare
Bestand Forderung 1.1.	250		
Bestand Forderung 31.12.	320		
Saldo Ertrag Honorare	1'450		
Zahlungen von Klienten	<input type="text"/>		

### Aufgabe 8:

Produktionsbetrieb

		Materialbestand	Verbindlichkeiten	Materialaufwand
Materialbestand 1.1.	80			
Materialbestand 31.12.	60			
Verbindlichkeiten 1.1.	90			
Verbindlichkeiten 31.12.	75			
Saldo Materialaufwand	250			
Zahlungen an Lieferanten	<input type="text"/>			

### Aufgabe 9:

Handelsbetrieb (Marchzins für erhaltenes Darlehen)

		Transitorische Passiven	Finanzaufwand
Bestand TP 1.1.	8		
Bestand TP 31.12.	12		
Saldo Finanzaufwand	35		
Zahlungen Finanzaufwand	<input type="text"/>		

### Fall 4

### Kern-FER

4 Punkte

#### Information

Bei einem Jahresabschluss von einem Kunden werden Sie mit einer Bewertungsfrage konfrontiert. Sie werden gebeten, die Werthaltigkeit einer Betriebsliegenschaft per 31. Dezember 2013 zu beurteilen. Diese wird jetzt noch für den Betrieb genutzt, im ersten Quartal des Jahres 2014 ist jedoch ein Umzug in einen Neubau geplant. Ferner ist vorgesehen, das bebaute Gelände in fünf Jahren zu verkaufen.

Das Fabrikgebäude wurde vor 43 Jahren für 4,2 Mio. Franken erstellt. Der Boden (5'000 m<sup>2</sup>) war schon seit mehr als 50 Jahren im Besitze der Gesellschaft. Der dazumalige Anschaffungspreis für das Areal betrug CHF 400'000. Heute wird in der Nachbarschaft ein Preis von CHF 600/m<sup>2</sup> erzielt. Die Abschreibung erfolgt linear auf einen Zeitraum von 50 Jahren.

Es liegt ein Angebot von einem Baugeschäft vor, das Grundstück mitsamt dem Gebäude für 4,5 Mio. Franken zu erwerben. Die Kosten für die Umschreibungen (Gebühren und Steuern) würden rund CHF 70'000 betragen. Diese wären je hälftig von den Parteien zu tragen.

Ebenfalls liegt ein Angebot einer Kulturorganisation vor, welche die Liegenschaft für jährlich CHF 144'000 in den nächsten fünf Jahren mieten würde. In fünf Jahren könnte nur noch der Boden verkauft werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Bodenpreis auf dem Niveau von heute einpendeln wird.

Intern wird mit einem Diskontierungssatz von 4% gerechnet.

Aufgabe 10:

Berechnen Sie per 31. Dezember 2013

a) den Buchwert

b) den Netto-Marktwert



- c) den Nutzwert  
(Die Diskontierung der zukünftigen Geldzuflüsse)  
► Verwenden Sie dazu die Barwert- und Abzinsungsfaktoren im Anhang

### Aufgabe 11:

Bestimmen Sie bei den nachfolgenden zwei Aussagen, ob diese im Zusammenhang mit der Kern-FER richtig oder falsch sind: Markieren Sie die korrekte Antwort mit X.

Nr.	Frage	richtig	falsch
1	Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder – falls dieser tiefer ist – zum Netto-Marktwert (Niederstwertprinzip).		
2	Immaterielle Anlagen werden zu Anschaffungs- (bei erworbenen immateriellen Werten) oder Herstellungskosten (bei selbst erarbeiteten immateriellen Werten) unter Abzug notwendiger Abschreibungen bewertet.		

### B Finanzmanagement

30 Punkte

#### Fall 5

#### Aussenfinanzierung mit Fremd- und Eigenkapital

10 Punkte

#### Information

Zwei Firmen derselben Branche weisen per 31. Dezember 2012 in ihren Bilanzen und Erfolgsrechnungen die folgenden Zahlen aus (in CHF):

##### Firma X

Bilanz:

Umlaufvermögen 120'000, Anlagevermögen 180'000

kurzfristiges Fremdkapital 60'000, langfristiges Fremdkapital 180'000, Eigenkapital 60'000

Erfolgsrechnung:

Jahresgewinn vor Zinsen 30'800; die Steuern sind zu vernachlässigen

Nur das langfristige Fremdkapital wird mit 6 % verzinst.

##### Firma Y

Bilanz:

Umlaufvermögen 120'000, Anlagevermögen 180'000

kurzfristiges Fremdkapital 60'000, langfristiges Fremdkapital 40'000, Eigenkapital 200'000

Erfolgsrechnung:

Jahresgewinn vor Zinsen 30'800; die Steuern sind zu vernachlässigen

Nur das langfristige Fremdkapital wird mit 6 % verzinst.

Aufgabe 12:

Berechnen Sie für beide Firmen (auf eine Nachkommastelle genau)

a) die Eigenkapitalrendite ( $ROE = \text{Reingewinn} / \text{Eigenkapital}$ )

b) die Gesamtkapitalrendite ( $ROI = EBI / \text{Gesamtkapital}$ )

### Information

Die Firma X wandelt 100'000 langfristiges Fremdkapital in Eigenkapital um. Der Jahresgewinn vor Zinsen bleibt unverändert bei 30'800.

Die Firma Y erhöht das langfristige Fremdkapital um 60'000 durch Aufnahme eines Bardarlebens. Der Zinssatz beträgt weiterhin 6 %. Der Jahresgewinn vor Zinsen steigt um 15'600.

Aufgabe 13:

Berechnen Sie in der neuen Situation für beide Firmen (auf eine Nachkommastelle genau)

a) die Eigenkapitalrendite ( $ROE = \text{Reingewinn} / \text{Eigenkapital}$ )

b) die Gesamtkapitalrendite ( $ROI = EBI / \text{Gesamtkapital}$ )

Aufgabe 14:

Bestimmen Sie bei jeder Aussage zum Thema «Leverage-Effekt», ob diese richtig oder falsch ist:

Aussage	richtig	falsch
Der Leverage-Effekt beschreibt die Hebelwirkung des Fremdkapitals auf die Rentabilität des Eigenkapitals.		
Der Leverage-Effekt ergibt in jedem Fall eine positive Auswirkung auf die Eigenkapitalrendite; es muss nur Gewinn erzielt werden.		
Je kleiner der Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital ist, desto höher wird die Eigenkapitalrendite, solange der Fremdkapitalzinssatz tiefer ist als die Gesamtkapitalrendite.		
Der Fremdkapitalzinsfuss hat keine Auswirkung auf die Eigenkapitalrentabilität.		

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

**Fall 6**

**Bilanz- und Erfolgsanalyse**

**14 Punkte**

### Information

Im Rahmen einer Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist für die HUTTER AG mit der nachfolgenden Bilanz und Erfolgsrechnung eine Analyse vorzunehmen:

#### Bilanz nach Gewinnverteilung per 31.12.2013

Flüssige Mittel	98	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	975
Aktiven mit Börsenkurs (Wertschriften)	110	Übrige kurzfr. Verbindlichkeit (Dividende)	150
Forderungen aus Lieferung und Leistung	1'380	Darlehen	1'000
Vorräte	407	Hypotheken	1'500
Aktive Rechnungsabgrenzungen	180	Rückstellungen	500
Anlagevermögen	6'450	Grundkapital (Aktienkapital)	4'000
		Gesetzliche Kapitalreserven	200
		Gesetzliche Gewinnreserven	300
Bilanzsumme	8'625	Bilanzsumme	8'625

#### Erfolgsrechnung

Umsatz	11'040	
Warenaufwand	-8'280	2'760
Personalaufwand	850	
Raumaufwand	250	
Verwaltungsaufwand	420	
Vertriebsaufwand	380	
Zinsaufwand	35	
Abschreibungen	730	-2'665
Steuern		-24
Unternehmenserfolg		71

Anmerkungen:

**aktive Rechnungsabgrenzungen:**  
Barrückvergütungen von Lieferanten

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen  
per 1.1.2013: 1'410

Vorräte per 1.1.2013: 381

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen  
per 1.1.2013: 1'015

Einstandswert der eingekauften Ware: 8'254

### Richtlinie für die Berechnung:

Relative Werte (%-Zahlen) auf eine Nachkommastelle runden.

Das Jahr ist mit 365 Tagen zu rechnen. Auf ganze Tage runden.

Es gelten die kaufmännischen Rundungsregeln.

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

Aufgabe 15:

Berechnen Sie die nachfolgenden Kennzahlen:

a) Intensität des Anlagevermögens	b) Eigenfinanzierungsgrad
c) Selbstfinanzierungsgrad	d) Liquiditätsgrad 2 (Quick Ratio)
e) Liquiditätsgrad 3 (Current Ratio)	f) Anlagedeckungsgrad 1
g) Rentabilität des Eigenkapitals (ROE)	h) Gewinnmarge (Reingewinnmarge)
i) Rentabilität des Gesamtkapitals	j) Bruttogewinnmarge
k) Cashflow-Marge	l) Zahlungsfrist Debitoren
m) Zahlungsfrist Kreditoren	n) Durchschnittliche Lagerdauer

a) Intensität des Anlagevermögens

Formel	Berechnung

b) Eigenfinanzierungsgrad

Formel	Berechnung

c) Selbstfinanzierungsgrad

Formel	Berechnung

d) Liquiditätsgrad 2

Formel	Berechnung

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

e) Liquiditätsgrad 3

Formel	Berechnung

f) Anlagedeckungsgrad 1

Formel	Berechnung

g) Rentabilität des Eigenkapitals (ROE)

Formel	Berechnung

h) Gewinnmarge

Formel	Berechnung

i) Rentabilität des Gesamtkapitals

Formel	Berechnung

j) Bruttogewinnmarge

Formel	Berechnung

k) Cashflow-Marge

Hinweis zum Cashflow:

Alle Aufwände und Erträge sind – bis auf die Abschreibungen – in bar erfolgt.

Formel	Berechnung

l) Zahlungsfrist Debitoren

Formel	Berechnung

m) Zahlungsfrist Kreditoren

Formel	Berechnung

n) Durchschnittliche Lagerdauer

Formel	Berechnung

**Fall 7****Immobilienbewertung****6 Punkte****Information**

Die Gewerbehäus Rüti AG besitzt eine Immobilie mit drei Stockwerken. Die Vermietung ist in den nächsten sechs Jahren wie folgt geplant:

<b>Geschoss</b>	<b>Mietobjekte</b>	<b>Mietertrag pro Jahr</b>
Einstellhalle	60 Parkplätze, Archivräume	90'000
Erdgeschoss	Verkaufsräume	120'000
1. OG	Büroräume	160'000
2. OG	Büroräume in den Jahren 1, 2 und 3 nach Umbau im 3. Jahr ab 1. Juli	160'000 210'000
3. OG	Büroräume / Labor	160'000

Ab dem vierten Jahr wird mit einem jährlichen Nettomietertag von CHF 629'000 gerechnet.

Die Bewirtschaftungskosten von 15% umfassen die kalkulatorischen Zinsen sowie Unterhalt, Reparatur und Ersatz am Gebäude und der Umgebung.

Es stehen folgende werterhaltende Renovationen an:

<b>Zeitpunkt</b>	<b>Vorgang</b>	<b>Betrag</b>
Im 3. Jahr	Renovation des Flachdaches	700'000
Im 4. Jahr	Ersatz des Heizungssystems	280'000
ab 6. Jahr	jährliche Rückstellung für Instandhaltung	29'000

Für die Jahre 1 bis 5 ist mit einem Zinssatz von 6% zu kalkulieren.

Der Residualwert (Restwert) ist ab dem 6. Jahr mit 8% für die Dauer von 15 Jahren zu bestimmen.

Der heutige Wert setzt sich zusammen aus dem Discounted Cash Flow und dem Residualwert.

**Aufgabe 16:**

Berechnen Sie den heutigen Wert der Liegenschaft.

► Verwenden Sie dazu die Barwert- und Abzinsungsfaktoren im Anhang

► Verwenden Sie die Tabelle auf der nachfolgenden Seite.



## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

Lösungstabelle zur Aufgabe 16:

	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3	Jahr 4	Jahr 5	ab Jahr 6
Bruttomiettertrag						
Bewirtschaftungskosten						
Leerstand						
Total Nettomiettertrag						
Renovation Flachdach						
Renovation Heizung						
jährliche Rückstellung						
Total Erfolg						
Discounted Cash Flow						
Residualwert						
Wert per heute						

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

Anhang

### Abzinsungsfaktor

Gegenwartswerte einer Zahlung von CHF 1.00, fällig Ende Jahr

Jahre/Année	2%	4%	6%	8%	10%	12%	14%	16%
1	0.980392	0.961538	0.943396	0.925926	0.909091	0.892857	0.877193	0.862069
2	0.961169	0.924556	0.889996	0.857339	0.826446	0.797194	0.769468	0.743163
3	0.942322	0.888996	0.839619	0.793832	0.751315	0.711780	0.674972	0.640658
4	0.923845	0.854804	0.792094	0.735030	0.683013	0.635518	0.592080	0.552291
5	0.905731	0.821927	0.747258	0.680583	0.620921	0.567427	0.519369	0.476113
6	0.887971	0.790315	0.704961	0.630170	0.564474	0.506631	0.455587	0.410442
7	0.870560	0.759918	0.665057	0.583490	0.513158	0.452349	0.399637	0.353830
8	0.853490	0.730690	0.627412	0.540269	0.466507	0.403883	0.350559	0.305025
9	0.836755	0.702587	0.591898	0.500249	0.424098	0.360610	0.307508	0.262953
10	0.820348	0.675564	0.558395	0.463193	0.385543	0.321973	0.269744	0.226684
11	0.804263	0.649581	0.526788	0.428883	0.350494	0.287476	0.236617	0.195417
12	0.788493	0.624597	0.496969	0.397114	0.318631	0.256675	0.207559	0.168463
13	0.773033	0.600574	0.468839	0.367698	0.289664	0.229174	0.182069	0.145227
14	0.757875	0.577475	0.442301	0.340461	0.263331	0.204620	0.159710	0.125195
15	0.743015	0.555265	0.417265	0.315242	0.239392	0.182696	0.140096	0.107927

### Barwertfaktor

Gegenwartswert eines Zahlungsstromes von jährlich CHF 1.00, fällig jeweils Ende Jahr während n Jahren

Jahre/Année	2%	4%	6%	8%	10%	12%	14%	16%
1	0.980392	0.961538	0.943396	0.925926	0.909091	0.892857	0.877193	0.862069
2	1.941561	1.886095	1.833393	1.783265	1.735537	1.690051	1.646661	1.605232
3	2.883883	2.775091	2.673012	2.577097	2.486852	2.401831	2.321632	2.245890
4	3.807729	3.629895	3.465106	3.312127	3.169865	3.037349	2.913712	2.798181
5	4.713460	4.451822	4.212364	3.992710	3.790787	3.604776	3.433081	3.274294
6	5.601431	5.242137	4.917324	4.622880	4.355261	4.111407	3.888668	3.684736
7	6.471991	6.002055	5.582381	5.206370	4.868419	4.563757	4.288305	4.038565
8	7.325481	6.732745	6.209794	5.746639	5.334926	4.967640	4.638864	4.343591
9	8.162237	7.435332	6.801692	6.246888	5.759024	5.328250	4.946372	4.606544
10	8.982585	8.110896	7.360087	6.710081	6.144567	5.650223	5.216116	4.833227
11	9.786848	8.760477	7.886875	7.138964	6.495061	5.937699	5.452733	5.028644
12	10.575341	9.385074	8.383844	7.536078	6.813692	6.194374	5.660292	5.197107
13	11.348374	9.985648	8.852683	7.903776	7.103356	6.423548	5.842362	5.342334
14	12.106249	10.563123	9.294984	8.244237	7.366687	6.628168	6.002072	5.467529
15	12.849264	11.118387	9.712249	8.559479	7.606080	6.810864	6.142168	5.575456

## **Fach 701      Rechnungswesen**

### **Aufgabe 5**

Prüfungsdauer: 60 Minuten

Max. Punkte: 30

## Rechnungswesen Teil 2

Verfügbare Zeit: 60 Minuten  
Maximale Punktzahl: 30

### Allgemeine Hinweise zur Prüfungsaufgabe

Die Prüfung besteht aus drei Teilaufgaben, die unabhängig voneinander gelöst werden können.

- Teilaufgabe 1: Betriebsabrechnung zu IST-Vollkosten
- Teilaufgabe 2: Divisionskalkulation
- Teilaufgabe 3: Analysen mit Teilkosten

### Einleitung zum Unternehmen

**Stalder & Koch AG** produzieren und verkaufen Turn- und Sportgeräte. Vor zwei Jahren wurde das Unternehmen Lenzlinger Bühnen AG übernommen und in die Stalder & Koch AG integriert. Die Führung des Unternehmens wird seither nach den beiden Sparten ausgerichtet:

- **Turn & Sportgeräte**
- **Bühnen-Anlagen**



Bis vor der Übernahme der Sparte Bühnen-Anlagen hat Stalder & Koch AG eine Finanzbuchhaltung geführt, die für Quartals- und Jahresabschlüsse jeweils von einem erfahrenen Treuhänder begleitet wurde. Die Verbindung zwischen Finanzbuchhaltung und interner Kalkulation kann als rudimentär bezeichnet werden, die in der Kalkulation verwendeten Werte haben sich bisher jedoch als recht zuverlässig erwiesen. Die Geschäftsleitung der Stalder & Koch AG hat inzwischen erkannt, dass für die Führung der beiden Sparten eine bessere finanzielle Transparenz geschaffen werden muss und den Treuhänder deshalb mit der regelmässigen Erstellung einer Betriebsabrechnung beauftragt. Diese Betriebsabrechnung ist nach dem Verfahren **IST-Vollkosten** organisiert worden und wird in Form eines BAB auf **Beilage 1** dargestellt.

### Teilaufgabe 1: Betriebsabrechnung und Erfolgsrechnung

Die Finanzbuchhaltung für das Geschäftsjahr 2014 ist bis auf die Verbuchung von Bestandesänderungen an Einzelmateriale, Fabrikaten Turn- und Sportgeräte sowie Bühnenanlagen in Arbeit abgeschlossen. Die entsprechenden Werte sind bereits auf dem Betriebsabrechnungsbogen (Beilage 1) eingetragen und müssen entsprechend der nachfolgenden Instruktionen bearbeitet werden.

### Ihre Aufgaben

- a) Bearbeiten Sie auf **Beilage 1** die Übernahme der Primärarten unter Berücksichtigung der sachlichen Abgrenzungen. Die Differenzbeträge bei den Gemeinkosten können auf der Kostenstelle Verkauf & Verwaltung erfasst werden.
- b) Rechnen Sie auf **Beilage 1** die Kostenstellen und Kostenträger vollständig ab.
- c) Erstellen Sie auf **Beilage 2** eine Absatz-Erfolgsrechnung.

Darstellen der Werte: wo nicht anders verlangt in TCHF auf 1 Kommastelle.

### Übernahme der Primärarten und Abwicklung der Betriebsabrechnung (13 Punkte)

1. Die Finanzbuchhaltung weist einen provisorischen Einzelmaterialeufwand von 5'683 TCHF aus, wobei eine Bestandesänderung noch zu buchen ist. Folgende betrieblich-objektiven Werte bezüglich Einzelmaterialebestand liegen vor: Anfangsbestand 1'284 TCHF, Endbestand 1'407 TCHF. In der Finanzbuchhaltung wird das steuerliche Warendrittel berücksichtigt.
2. Werner Stalder, Ehrenpräsident des Verwaltungsrates, hat in einer wichtigen Kundenbeziehung über einen längeren Zeitraum unentgeltliche Leistungen erbracht. In der Betriebsbuchhaltung soll trotzdem ein entsprechender Wert von 12 TCHF in den Personalkosten berücksichtigt werden.
3. Die stillen Reserven auf dem Anlagevermögen sind von 196 TCHF auf 234 TCHF erhöht worden.
4. Die kalkulatorischen Zinsen betragen 157 TCHF.
5. Die Vorkostenstelle Infrastruktur wird nach folgendem Schlüssel verteilt:

20%	Materialwirtschaft
35%	Schreinerei
25%	Schlosserei
5%	Montage
15%	Verkauf & Verwaltung
6. Die Kostenstelle Materialwirtschaft ist im Verhältnis des eingesetzten Einzelmaterials abzurechnen.
7. Die Umlage der Kostenstellen Schreinerei, Schlosserei und Montage erfolgt anhand der geleisteten Arbeitsstunden.
8. Die Schreinerei hat 10'800 Stunden für Turn- und Sportgeräte und 6'400 Stunden für Bühnen-Anlagen geleistet.
9. Die Schlosserei hat 9'800 Stunden für Turn- und Sportgeräte und 5'300 Stunden für Bühnen-Anlagen geleistet.
10. Die Montage hat 8'600 Stunden für Turn- und Sportgeräte und 15'200 Stunden für Bühnen-Anlagen geleistet.
11. Bei den Turn- und Sportgeräten haben die Fabrikatebestände um 46.2 TCHF abgenommen (betrieblich-objektiv bewertet). Fabrikate in Arbeit sind nicht zu berücksichtigen.
12. Der Anfangsbestand an Bühnen-Anlagen in Arbeit betrug 341.2 TCHF, der Endbestand 419.2 TCHF (jeweils betrieblich-objektiv bewertet). Bei Bühnen-Anlagen bestehen keine Fertigfabrikate.
13. Die Finanzbuchhaltung berücksichtigt auch bei Fabrikaten und bei Bühnenanlagen in Arbeit das steuerliche Warendrittel.
14. Die Kostenstelle Verkauf & Verwaltung wird im Verhältnis der Herstellkosten abgerechnet.

### Absatz-Erfolgsrechnung (5 Punkte)

Erstellen Sie auf **Beilage 2** eine Absatzerfolgsrechnung. Die fehlenden Begriffe sind korrekt einzusetzen.

### Teilaufgabe 2: Divisionskalkulation (7 Punkte)

Im vergangenen Jahr wurde eine neue Produktlinie "Top-Trimngeräte" lanciert. Diese Geräte werden in Schul-, Sport- oder Freizeitanlagen eingesetzt. Zum Sortiment gehören die Produkte "Easy", "Flex" und "Power". Die Herstellung der Produkte erfolgt in der Schlosserei.

Für die im Jahr 20\_4 produzierten Geräte liegen die gesamten Materialkosten sowie die Kosten der Schlosserei vor. Mittels einer Divisionskalkulation sollen die Selbstkosten für die drei Produkte ermittelt und mit den aktuell definierten Verkaufspreisen verglichen werden (Beilage 3). Dabei gelten folgende Hinweise:

- Die unterschiedlichen Materialanteile je Produkt sind mit den Äquivalenzziffern dargestellt.
- Der Zeitbedarf für die Herstellung von "Flex" ist um 25% höher als bei "Easy", der Zeitbedarf für die Herstellung von "Power" ist um 20% höher als bei "Flex".
- Die Material-Gemeinkosten werden als Zuschlag mit 12% vom Einzelmateriale berechnet, die VVGK als Zuschlag mit 10% der Herstellkosten.
- Die Geschäftsleitung erwartet für jedes Produkt eine Gewinnmarge von 10%.

### Ihre Aufgaben

- a) Ermitteln Sie auf **Beilage 3** die Selbstkosten der drei Produkte in CHF auf 2 Kommastellen.
- b) Bewerten Sie für die drei Produkte mit JA oder NEIN, ob die erwartete Gewinnmarge erreicht wird.
- c) Ermitteln Sie den notwendigen Verkaufspreis für Produkt "Power" (auf 2 Kommastellen), damit genau 10% Gewinnmarge erreicht werden.



### Teilaufgabe 3: Analysen mit Teilkosten (5 Punkte)

Für die **Sparte Bühnen-Anlagen** ist ein Budget 20\_5 erstellt worden:

Budget 20_5	in TCHF
Verkaufserlöse	4'800
Variable Kosten	-3'288
Fixkosten	-1'480
Ergebnis	32

#### Ihre Aufgaben

- Nehmen Sie basierend auf diesen Zahlen zu den nachfolgenden drei Fragen Stellung.

Welcher Umsatz müsste erzielt werden, damit eine Umsatzrendite von 7.5% erreicht wird?  
Ergebnis in TCHF, auf nächste ganze Zahl aufrunden.

Die Eröffnung einer Niederlassung in Fribourg könnte eine bessere Erschliessung des Marktes in der Romandie ermöglichen. Dabei wird von zusätzlichen Fixkosten von 120 TCHF ausgegangen. Bei welchem Umsatz würde unter dieser Annahme die Nutzschwelle erreicht?  
Ergebnis in TCHF, auf nächste ganze Zahl aufrunden.

Die Geschäftsleitung lässt folgendes Szenario beurteilen:

- Eröffnung Niederlassung Fribourg (siehe oben)
- Allgemeine Senkung der Verkaufspreise um 5% (Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit)
- Steigerung des Absatzvolumens um 20%

Ausgehend von den Werten des Budgets 20\_5: Kann dieses Szenario empfohlen werden?  
Begründen Sie Ihre Aussage mit Zahlen (in TCHF auf 1 Kommastelle).

Aussage:

Begründung:



**Beilage 1 Betriebsabrechnung Stalder & Koch AG 20 4 / Werte in TCHF**

Bezeichnung	Fibu	Sachl. Abgrenz.	Bebu	Infrastruktur	Materialwirtschaft	Schreinerei	Schlosserei	Montage	Verkauf & Verwalt.	Turn und Sportgeräte	Bühnen-Anlagen
Einzelmaterial			5'560.0							3'680.0	1'880.0
Personalaufwand	4'867.6			86.0	420.0	930.6	845.4	1'768.8			
Div. Betriebsaufwand	748.0			58.0	114.0	153.0	78.0	173.0			
Abschreibungen	658.0			105.0	82.0	125.0	96.0	180.0			
Zinsen	95.0			31.0	23.0	35.0	28.0	30.0			
Subtotal				280.0	639.0	1'243.6	1'047.4	2'151.8		3'680.0	1'880.0
Abrechnung Infrastruktur											
Abrechnung Mat.wirtschaft											
Abrechnung Schreinerei											
Abrechnung Schlosserei											
Abrechnung Montage											
<b>Herstellkosten Produktion</b>											
BÄ Fabrikate Turn- und Sportgeräte											
BÄ Bühnenanlagen in Arbeit											
<b>Herstellkosten Verkauf</b>											
Abrechnung Verk. & Verwalt.											
<b>Selbstkosten</b>											
Verkaufserlöse	-12'672.0		-12'672.0							-7'980.0	-4'692.0
<b>Betriebsergebnis</b>											

BÄ = Bestandesänderung

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Beilage 2     Absatz-Erfolgsrechnung Stalder & Koch AG 20\_4 / Werte in TCHF

Absatz-Erfolgsrechnung	Turn    und Sportgeräte	Bühnen- Anlagen	Total
Verkaufserlöse	-7'980.0	-4'692.0	-12'672.0
=			
=			
SA Einzelmaterial			
SA Personalaufwand			
SA Abschreibungen			
SA Zinsen			
SA Bestandesänderungen			
<b>= Ergebnis Fibu</b>			

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Beilage 3 Divisionskalkulation

Hinweis: Kosten sind in CHF dargestellt.

Top-Trimngeräte	Easy	Flex	Power	Total
Produzierte Geräte	800 Stück	600 Stück	400 Stück	
Materialanteile	1	1.5	1.75	
Anteile Schlosserei				
Materialkosten				180'000
Material-Gemeinkosten				
Schlosserei				172'000
<b>Herstellkosten</b>				
VVGK				
<b>Selbstkosten</b>				
Selbstkosten pro Stück				
Verkaufspreis pro Stück	210.00	270.00	300.00	
Margenvorgabe erfüllt? (JA / NEIN)				

Zielpreis pro Stück für Produkt "Power" bei 10% Gewinnmarge

**Fach 702      Steuern**

**Aufgabe 6**

Prüfungsdauer: 100 Minuten

Max. Punkte: 50

## **Steuern**

**Verfügbare Zeit: 100 Minuten**  
**Max. Punktzahl: 50**

**Bei sämtlichen Aufgaben sind gefragte gesetzliche Grundlagen möglichst genau, das heisst, aus Gesetz oder Verordnung unter Angabe des entsprechenden Gesetzesartikels mit ev. Absatz und ev. Buchstaben anzugeben.**

### **Aufgabe 1 Mehrwertsteuer (10 Punkte)**

#### **1.1. Eigenverbrauch**

Beurteilen Sie, ob sich in den nachfolgenden Fällen Vorsteuerkorrekturen (Eigenverbrauch) ergeben. **Begründen Sie ausführlich Ihre Antwort.**

Sofern nichts anderes erwähnt ist, wurde auf den Leistungsbezügen der Vorsteuerabzug vorgenommen und alle Beträge verstehen sich exkl. MWST.

Alle beteiligten Unternehmen sind steuerpflichtig.

##### **1.1.1. Fotofachgeschäft „Fotovision Olten“**

Der Inhaber des Fotofachgeschäftes „Fotovision Olten“ (Einzelfirma) verschenkt eine Polaroid-Kamera (Einstandspreis: CHF 250; Ladenverkaufspreis: CHF 420) an die langjährige Mitarbeiterin zu ihrem 40. Geburtstag.

---

---

---

---

---

##### **1.1.2. Verein Swiss Ski**

Der Verein Swiss Ski schenkt seinem Lehrling Simon Künzi zum erfolgreichen Abschluss seiner Lehre eine VIP-Eintrittskarte im Wert von CHF 250 für das Lauberhornrennen in Wengen 2015.

---

---

---

### 1.2. Steuerpflicht

Beurteilen Sie bei den nachfolgenden Neukunden eines Treuhandbüros, ob diese bisher zu Recht bei der Eidg. Steuerverwaltung nicht als Mehrwertsteuerpflichtige registriert waren. Falls eine Mehrwertsteuerpflicht besteht, beurteilen Sie, ab wann diese entsteht. **Begründen Sie Ihre Antwort.**

#### 1.2.1 Kosmetikstudio

Die Kosmetikerin Angela Angst (Einzelunternehmung) nahm ihre Geschäftstätigkeit vor vielen Jahren auf und verfügt über eine umfangreiche und zunehmende Stammkundschaft. Die Umsätze gemäss Buchhaltung der letzten 5 Jahre betrugen:

n-5	n-4	n-3	n-2	n-1
72'500	82'900	114'600	118'300	131'600

---

---

---

---

#### 1.2.2. Sportverein

Der nicht gewinnstrebige, ehrenamtlich geführte Sportverein „Hopp Bern“ erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr gemäss Buchhaltung einen steuerbaren Umsatz von CHF 135'000, von der Steuer ausgenommene Umsätze von CHF 80'000 und Spendeneinnahmen von CHF 40'000.

---

---

---

---

### 1.2.3. Landwirt

Der Landwirt Sandro Villiers (Einzelunternehmung) in Moutier produziert nach biologischen Grundsätzen. Seine Erzeugnisse sind sehr beliebt. Die zunehmenden Einnahmen gemäss Buchhaltung der letzten 5 Jahre betrugen:

n-5	n-4	n-3	n-2	n-1
135'500	165'200	201'100	234'500	324'000

Die Umsätze resultieren zu 70% aus dem Verkauf von eigenen Erzeugnissen und zu 30% aus Subventionen.

---

---

---

---

### 1.3 Bezugsteuer

Bestimmen Sie, in welchen der nachfolgenden Fällen es sich um der Bezugssteuer unterliegende Leistungen von (nicht im Schweizer MWST-Register eingetragenen) Unternehmen mit Sitz im Ausland im Sinne von Art. 45 MWSTG handelt. Berechnen Sie die allenfalls zu deklarierende Bezugssteuer. Beurteilen Sie zudem in jedem Aufgabenteil, ob und in welchem Umfang (vollständig, teilweise, gar nicht) eine allfällige Bezugsteuer vom Dienstleistungsbezüger als Vorsteuer geltend gemacht werden kann.

- 1.3.1. Die UBS AG in Zürich bezahlt der portugiesischen Tennisspielerin Laura Ponte für das Anbringen der Aufschrift "UBS" auf dem Dress CHF 500'000.00. Laura Ponte spielt mit diesem Dress an Turnieren in der Schweiz und im Ausland.

---

---

---

---

- 1.3.2. Die Novartis AG in Basel erhält vom Verlag „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in Frankfurt (D) eine Rechnung über € 25'000.00 für in Deutschland erschienene Inserate zwecks Steigerung des Medikamentenumsatzes. Für die Umrechnung in CHF wird der Monatsmittelkurs von 1.2496 angewendet.

---

---

---

---

- 1.3.3. Der Geschäftsführer eines steuerpflichtigen schweizerischen Unternehmens übernachtet aus geschäftsbedingten Gründen im Hotel Hilton in Hamburg (D). Das Hotel Hilton stellt eine Rechnung über € 1'100.00 an das Schweizer Unternehmen (betreffend Umrechnungskurs siehe Aufgabe 1.3.2.).

---

---

---

---



### Aufgabe 2 (5 Punkte)

#### 2.1. Verein „Ehemalige Schüler/Schülerinnen Lehrerseminar Thun“

Der mehrwertsteuerpflichtige Verein „Ehemalige Schüler/Schülerinnen Lehrerseminar Thun“ hat zum Zweck, spezielle Tätigkeiten für seine Mitglieder zu erbringen sowie politische Aktivitäten zu koordinieren. Für das abgelaufene Jahr n liegen folgende Angaben vor (alle Zahlen verstehen sich inkl. allfällige MWST):

Umsatz aus Mitgliederbeiträgen	CHF	40'000.00
Umsatz aus zum Normalsatz steuerbaren Leistungen	CHF	172'800.00
Aufwendungen zum Normalsatz belastet	CHF	45'360.00
Aufwendungen zum reduzierten Satz belastet	CHF	2'050.00

#### Aufgabe

Berechnen Sie die Steuerschuld für den steuerpflichtigen Verein „Ehemalige Schüler/Schülerinnen Lehrerseminar Thun“ im abgelaufenen Jahr.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### 2.2. Stiftung Behindertenwerkstatt Futura plus

Die mehrwertsteuerpflichtige Stiftung Behindertenwerkstatt Futura plus in Schaffhausen erhält vom Kanton Schaffhausen eine Subventionszahlung von CHF 1'350'000.00 an die gesamten Baukosten von CHF 1'800'000.00 (inkl. MWST von CHF 125'000.00) für die Erstellung einer neuen Werkstatt. Die neue Werkstatt wird zu 35% für zum Vorsteuerabzug berechnete und zu 65% für von der Steuer ausgenommene Tätigkeiten verwendet.

#### Aufgabe

Berechnen Sie den Vorsteuerabzug für die Behindertenwerkstatt im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Werkstatt und begründen Sie Ihre Berechnungen unter Angabe der massgebenden Gesetzesartikel (zwingende Angaben).

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 3 (10 Punkte)

Sie sind als Mandatsleiter bei einer grösseren Treuhandgesellschaft für die gesamten Steuerdienstleistungen zuständig. Ihr Kunde, die MIG-D. AG, mit Sitz in St. Gallen, betreibt in St. Gallen in der eigenen Liegenschaft ein Handelsgeschäft und unterhält im Kanton Graubünden, ebenfalls in einer eigenen Betriebsliegenschaft, eine Betriebsstätte. In den Kantonen St. Gallen und Thurgau besitzt die MIG-D. AG zudem je eine Kapitalanlageliegenschaft (KAL), welche ausschliesslich an Dritte vermietet sind.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde infolge einer Neuorientierung die Betriebsliegenschaft Graubünden sowie die beiden Kapitalanlageliegenschaften (KAL) in den Kantonen Thurgau und St. Gallen verkauft. Die MIG-D. AG besitzt somit per 31.12.2013 nur noch die eigene betrieblich genutzte Liegenschaft am Sitz in St. Gallen.

Die Ausscheidung des Betriebsgewinnes wird nach quotaler indirekter Methode vorgenommen, wobei am Hauptsitz St. Gallen nach Berücksichtigung des Präzipuums (20%) eine Quote von 80% und dem Betriebsstättkantons Graubünden eine Quote von 20% zugeschrieben wird.

Bei den Nettoverkaufspreisen der im Jahr 2013 verkauften Liegenschaften sind sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Liegenschaften wie Steuern, Gebühren, usw., bereits berücksichtigt.

Für eine allfällige Schuldzinsenverteilung gelten folgende Prozentsätze: SG 80% / GR 15% / TG 5%.

Ihre Aufgabe besteht darin, aufgrund der nachfolgenden Bilanz und Erfolgsrechnung des Geschäftsjahres 2013 (Kalenderjahr = Geschäftsjahr) der MIG-D. AG sowie mit den ergänzenden Angaben die interkantonale Steuerausscheidung für das Jahr 2013 für den steuerbaren Gewinn aus Sicht des Sitzkantons St. Gallen vorzunehmen.

#### Ergänzende Angaben:

##### *Kapitalanlageliegenschaft (KAL) St. Gallen:*

Kauf 30.4.1981 / Erwerbspreis = Anlagekosten	CHF	500'000.00
Buchwert 1.1.2013	CHF	300'000.00
Gewinnsteuerwert 1.1.2013	CHF	300'000.00
Nettoverkaufspreis 31.10.2013	CHF	600'000.00

##### *Betriebsliegenschaft Graubünden:*

Kauf 1.1.2003 / Erwerbspreis = Anlagekosten	CHF	900'000.00
Buchwert 1.1.2013	CHF	600'000.00
Gewinnsteuerwert 1.1.2013	CHF	600'000.00
Nettoverkaufspreis per 31.8.2013	CHF	1'400'000.00

##### *Kapitalanlageliegenschaft (KAL) Thurgau*

Kauf 1.1.1991 / Erwerbspreis = Anlagekosten	CHF	1'200'000.00
Buchwert 1.1.2013	CHF	500'000.00
Gewinnsteuerwert 1.1.2013	CHF	600'000.00
Nettoverkaufspreis per 30.6.2013	CHF	1'300'000.00

# Berufsprüfung für Treuhänder 2014

## Bilanz MIG-D. AG per 31.12.2013

Aktiven	CHF	Passiven	CHF
Kasse	50'000	Fremdkapital Betrieb	250'000
Bank	2'000'000	Hypotheken	750'000
Debitoren St. Gallen	170'000	Aktienkapital	500'000
Debitoren Graubünden	20'000	Gewinnreserven	300'000
Vorräte St. Gallen	190'000	Gewinn 2013	2'000'000
Vorräte Graubünden	70'000		
Betriebsliegenschaft St. Gallen	1'200'000		
Beteiligung an Z-AG	100'000		
<b>Total Aktiven</b>	<b>3'800'000</b>	<b>Total Passiven</b>	<b>3'800'000</b>

## Erfolgsrechnung 1.1. – 31.12.2013 der MIG-D. AG

Aufwand	CHF	Ertrag	CHF
Handelswarenaufwand SG	500'000	Handelswarenertrag SG	1'000'000
Handelswarenaufwand GR	150'000	Handelswarenertrag GR	300'000
Personalaufwand	250'000	Eigenmiete Betrieb SG	30'000
Eigenmiete SG und GR	50'000	Fremdmiete KAL SG (bis Verkauf)	12'000
Betriebsaufwand	111'000	Eigenmiete Betrieb GR (bis Verkauf)	20'000
Zinsaufwand Betrieb	68'000	Fremdmiete KAL TG (bis Verkauf)	60'000
Unterhalt KAL SG (bis Verkauf)	3'000	Nettoverkaufsgewinn KAL SG	300'000
Unterhalt KAL TG (bis Verkauf)	8'000	Nettoverkaufsgewinn Betriebs-LS GR	800'000
Hypothekarzins SG	10'000	Nettoverkaufsgewinn KAL TG	800'000
Hypothekarzins GR	7'000		
Hypothekarzins TG	15'000		
Abschreibung KAL SG	0		
Abschreibung Betriebs-LS GR	0		
Abschreibung KAL Thurgau	0		
Steuern (ohne Liegenschaften)	150'000		
<b>Reingewinn</b>	<b>2'000'000</b>		
<b>Total Aufwand</b>	<b>3'322'000</b>	<b>Total Ertrag</b>	<b>3'322'000</b>

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

	<b>Total</b>	<b>St. Gallen SG</b>	<b>Graubünden GR</b>	<b>Thurgau TG</b>
Steuerbarer Reinge- winn				
Betriebsgewinn (für quotenmässige Ausscheidung)				
Präzipium 20%				
Steuerbarer Reinge- winn				

### Aufgabe 4 (7.5 Punkte)

**Die Lösungen sind nach den Bestimmungen des StHG vorzunehmen. Gefragte Artikelangaben aus Gesetz oder Verordnung sind möglichst genau, d.h. unter Angabe des Artikels mit ev. Absatz und ev. Buchstaben anzugeben.**

Herr Felix Bauer ist Inhaber der Einzelfirma „Felix Bauer Mähmaschinen“, welche in ihrer Bilanz per 31.12.2013 eine am Ort der Einzelfirma ausschliesslich betrieblich genutzte Geschäftsliegenschaft mit einem steuerlich anerkannten Buchwert von CHF 680'000.00 aufführt. Die Liegenschaft wurde im Jahre 2004 zum Preis von CHF 800'000.00 gekauft. Während der Haltedauer wurden auf der Liegenschaft wertvermehrnde Investitionen von gesamthaft CHF 145'000.00 getätigt. Allfällige Handänderungssteuern beim Kauf oder Verkauf der Liegenschaft sind bei den Anlagekosten nicht zu berücksichtigen.

Da die Liegenschaft für Herrn Felix Bauers Geschäftstätigkeit zu klein geworden war, schrieb er sie 2014 zum Verkauf aus.

4.1. Wie hoch sind laut Sachverhalt die Anlagekosten der Liegenschaft?

---

---

---

---

---

---

---

---

- 4.2. Herr Felix Bauer findet einen Käufer, welcher per 01.07.2014 die Liegenschaft zum Preis von CHF 1'150'000.00 übernehmen wird. Felix Bauer mietet ab diesem Zeitpunkt ein grösseres Objekt. Beim Verkauf ist von den Werten per 31.12.2013 auszugehen, d.h. auf der Liegenschaft wurden 2014 weder Abschreibungen noch Investitionen bzw. Desinvestitionen getätigt.
- 4.2.1. Auf welchem jeweiligen Betrag werden die kantonalen Steuern (Einkommenssteuer, Grundstückgewinnsteuer) erhoben, wenn sich die Liegenschaft in einem Kanton mit dem dualistischen System befindet? Falls eine Grundstückgewinnsteuer erhoben wird, geben Sie dafür die gesetzliche Grundlage an. Falls keine Grundstückgewinnsteuer erhoben wird, ist dies anzugeben; eine gesetzliche Grundlage muss in diesem Fall nicht angegeben werden.

Kantonale Einkommenssteuer:

Grundstückgewinnsteuer:

Gesetzliche Grundlage (Grundstückgewinnsteuer):

- 4.2.2. Auf welchem jeweiligen Betrag werden die kantonalen Steuern (Einkommenssteuer, Grundstückgewinnsteuer) erhoben, wenn sich die Liegenschaft in einem Kanton mit dem monistischen System befindet? Falls eine Grundstückgewinnsteuer erhoben wird, geben Sie dafür die gesetzliche Grundlage an. Falls keine Grundstückgewinnsteuer erhoben wird, ist dies anzugeben; eine gesetzliche Grundlage muss in diesem Fall nicht angegeben werden.

Kantonale Einkommenssteuer:

Grundstückgewinnsteuer:

Gesetzliche Grundlage (Grundstückgewinnsteuer):

- 4.3. (Variante zu 4.2.): Gehen Sie davon aus, dass Herr Felix Bauer für seine geschäftliche Tätigkeit anstatt sich einzumieten eine grössere Geschäftsliegenschaft zum Preis von CHF 1'500'000.00 erwirbt. Falls sich die verkaufte Liegenschaft in einem Kanton mit dem monistischen System befindet, sind die Steuerfolgen bei der **Grundstückgewinnsteuer** die gleichen wie unter 4.2.2. oder besteht die Möglichkeit, die Besteuerung aufzuschieben? Begründen Sie Ihre Meinung und geben Sie die gesetzliche Grundlage an.

Begründung:

---

---

---

---

---

Gesetzliche Grundlage:

---

---

- 4.4. Herr Felix Bauer besitzt im Privatvermögen eine Wohnung (STWE), welche er im Zuge der Geschäftserweiterung per 01.01.2014 zum Verkehrswert in die Einzelfirma einbringt und ab diesem Zeitpunkt vollständig für geschäftliche Zwecke benutzt. (Anlagekosten CHF 400'000.00; Verkehrswert CHF 550'000.00). Hat dieser Vorgang Auswirkungen bei der Grundstückgewinnsteuer? Begründen Sie Ihre Meinung mittels Angabe der gesetzlichen Grundlage sowohl für das dualistische als auch für das monistische System.

4.4.1. Dualistisches System

Auswirkung:

---

---

Gesetzliche Grundlage:

---

---



### 4.4.2. Monistisches System

Auswirkung:

---

---

Gesetzliche Grundlage:

---

---

4.5. Beurteilen Sie durch Ankreuzen, ob folgende Situationen der Grundstückgewinnsteuer grundsätzlich unterliegen (Steuertatbestand), ob die Grundstückgewinnsteuer aufgeschoben wird (Steueraufschubstatbestand) oder ob grundsätzlich keine Grundstückgewinnsteuer erhoben wird (steuerfrei).

#### 4.5.1. Verkauf aller Aktien einer Immobiliengesellschaft

- ☐ Steuertatbestand
- ☐ Steueraufschubstatbestand
- ☐ steuerfrei

#### 4.5.2. Enteignung einer Liegenschaft (entgeltlich; ohne Realersatz)

- ☐ Steuertatbestand
- ☐ Steueraufschubstatbestand
- ☐ steuerfrei

#### 4.5.3. Erbvorbezug einer Liegenschaft

- ☐ Steuertatbestand
- ☐ Steueraufschubstatbestand
- ☐ steuerfrei

### Aufgabe 5 (7.5 Punkte)

#### Erbschafts- und Schenkungssteuern

Herr Erich Hanselmann, Jahrgang 1944, kommt heute zu Ihnen ins Büro. Sein Vater, Gottfried Hanselmann, Jahrgang 1920, liegt im Sterben. Erich Hanselmann weiss, dass er einen grösseren Betrag erben wird. Ihm ist ebenfalls bekannt, dass davon nicht alles Geld versteuert ist. Beantworten Sie ihm nachfolgende Fragen möglichst umfassend.

- 5.1 Herr Hanselmann möchte wissen, wer und aufgrund welcher Regelung die Steuerhoheit besitzt, Erbschaftssteuern zu erheben, bzw. wer keine Steuerhoheit besitzt.

---

---

---

---

---

---

---

- 5.2 Erklären Sie Erich Hanselmann, wer oder was bei der Erbschaftssteuer und bei der Schenkungssteuer das Steuersubjekt ist.

---

---

---

---

---

---

---

- 5.3 Gottfried Hanselmann wohnt im Kanton Waadt, er besitzt eine Liegenschaft im Kanton Schaffhausen. Erich Hanselmann wohnt im Kanton Schwyz. Erklären Sie Erich Hanselmann, welche(r) Kanton(e) berechtigt ist/sind, die Erbschaftssteuer zu erheben.

---

---

---

---

---

---

---

- 5.4 Erich Hanselmann weiss, dass ein grösserer Teil der Erbschaft unbesteuerbares Geld ist. Erklären Sie ihm unter der Annahme, dass er die Erbschaft antritt, wofür er als Erbe haftbar gemacht werden kann und wofür nicht.

---

---

---

---

---

---

---

## Berufsprüfung für Treuhänder 2014

### Aufgabe 6 (10 Punkte)

- 6.1. Sind die folgenden Vorgänge emissionsabgabepflichtig? Beantworten Sie die Frage, indem Sie das entsprechende Feld ankreuzen.

	ja	nein
Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Vaduz mit einem Gesellschafterkapital in Höhe von CHF 500'000		
Ausgabe von Genussscheinen durch eine Aktiengesellschaft in Uri		
Gründung einer Stiftung in Lausanne		
Kapitalerhöhung einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Lugano durch Ausgabe von Gratisaktien		

- 6.2. Die Genossenschaft Agrobio mit Sitz in Biel erhöht seit Jahren ihr Genossenschaftskapital, indem sie in jährlichen Schritten Genossenschaftsanteile im Betrage von CHF 100'000.00 ausgibt. 2014 erhöht sie dadurch ihr Genossenschaftskapital von CHF 1'000'000.00 auf CHF 1'100'000.00.

- 6.2.1. Berechnen Sie die von ihr geschuldete Emissionsabgabe für 2014 (Berechnung bitte darstellen) und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

- 6.2.2. War die bei der Erhöhung des Genossenschaftskapitals im Vorjahr (2013) geschuldete Emissionsabgabe gleich hoch? Begründen Sie Ihre Antwort und nennen Sie den massgebenden Gesetzesartikel.

---

---

---

---

---

- 6.3. Sie gründen in Zürich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) mittels Sacheinlage. Das Stammkapital soll CHF 1'000'000.00 betragen. Die Sacheinlage besteht aus Obligationen (Nominalwert CHF 500'000.00, Verkehrswert CHF 520'000.00) und einem Bauland in Österreich (Anlagekosten CHF 700'000.00, Verkehrswert CHF 800'000.00). Die Gründung verursacht Emissionskosten (Beurkundungs-/Handelsregistergebühren) von CHF 17'000.00.

Berechnen Sie die Emissionsabgabe, indem Sie in einem ersten Schritt den emissionsabgabepflichtigen Betrag berechnen, bevor Sie die Emissionsabgabe selbst berechnen. Stellen Sie die Berechnungen möglichst detailliert dar.

6.4. Die Holding AG in Zug verkauft ihrer Tochtergesellschaft Steinbruch GmbH in Schwyz ein Mehrfamilienhaus (Verkehrswert CHF 5'000'000.00) zum Buchwert von CHF 3'500'000.00.

6.4.1. Vervollständigen Sie die folgende Tabelle, indem Sie alle weissen Felder ausfüllen. Nennen Sie für den obigen Vorgang die gesuchten Elemente des Steuerrechtsverhältnisses und geben Sie den gesuchten Gesetzesartikel korrekt an, der das entsprechende Element für die Emissionsabgabe regelt.

<b>Elemente des Steuerrechtsverhältnisses</b>	<b>Element konkret für die Emissionsabgabe</b>	<b>Gesetzesartikel</b>
<b>Steuerhoheit</b>	Bund	Art. 1 Abs. 1 Bst. a StG
<b>Steuersubjekt</b>		Art. 10 StG
<b>Steuerobjekt</b>	Zuschuss (verdeckte Kapitaleinlage) = Differenz Verkehrswert - Verkaufspreis	
<b>Steuerberechnungsgrundlage</b>		Art. 8 Abs. 1 Bst. b StG
<b>Steuer-/Abgabesatz</b>	1 %	

6.4.2. Kommt vorliegend für die Berechnung der Emissionsabgabe eine Ausnahme gemäss Art. 6 Abs. 1 StG zur Anwendung? Nennen Sie den entsprechenden Buchstaben des Absatzes und begründen Sie Ihre Antwort.

## **Fach 703      Revision**

# **Aufgabe 7**

Prüfungsdauer: 120 Minuten  
Max. Punkte: 60

---

## **Revision**

---

**Verfügbare Zeit: 100 Minuten**  
**Max. Punktzahl: 50**

### **Aufgabe 1** (15 Punkte)

Das Revisionsunternehmen Seat AG wurde 1980 von zwei jungen und motivierten Treuhändern gegründet. Das Revisionsteam umfasst mittlerweile 8 Personen, womit die Seat AG eines der grösseren Büros im Raum Visp ist, welches Revisionsdienstleistungen anbietet.

Neben der Revisionsdienstleistung werden ebenfalls die typischen Dienstleistungen eines Treuhänders angeboten. Somit umfasst die Kundschaft verschiedenste Rechtsformen und Branchen. Die Revisionsmandate konzentrieren sich jedoch vor allem auf Handwerks- und Gastronomiebetriebe.

Die Umsetzung der Revisionsvorschriften für die ordentliche und eingeschränkte Revision hat der Seat AG zusätzliche Aufträge gebracht. Einige wenige Kunden haben von einem Opting-out gebraucht gemacht, jedoch blieben diese weiterhin als Beratungsmandat erhalten. Bereits mit der Einführung der PS 2004 wurde ein Qualitätssicherungssystem erarbeitet und umgesetzt, welches noch heute angewendet wird.

#### Aufgabe 1.1 (5 Punkte)

Vor der Annahme des Mandates durch die Revisionsstelle oder der Weiterführung des Revisionsmandates ist jeweils zwingend zu prüfen, ob die Unabhängigkeit gewährleistet ist. Stellen Sie für die folgenden Situationen fest, ob die Unabhängigkeit gefährdet ist oder ob andere Mängel zur Annahme des Mandates vorliegen. Begründen Sie Ihre Antwort.

- a) In einem Schreiben wird das Revisionsunternehmen um eine Offerte für ein Mandat der ordentlichen Revision angefragt. Die erste Revision des neuen Mandates würde die Jahresrechnung 2014 betreffen. Die Anforderungen an die Unabhängigkeit werden erfüllt.

---

---

---

---

---

---

---

---

---



- b) Sie sind Mitarbeiter im Revisionsteam der Seat AG, welche für Kunden im Rahmen der eingeschränkten Revision die Buchführung und die Revision erledigt. Die Revisionsunternehmung wird durch Ihren Vorgesetzten geleitet, welchem separat ein Team für die Buchführung und ein Team für die Revision untergeordnet ist.

---

---

---

---

- c) Bei einem anderen Revisionsmandat, an welchem Sie mitarbeiten, wurde durch die Seat AG für die Jahresrechnung 2013 zusätzlich zur ordentlichen Revision die Debitorenbuchhaltung geführt. Um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, wurden organisatorische und personelle Massnahmen ergriffen.

---

---

---

---

- d) Sie als Mitarbeiter im Revisionsteam haben durch den Kontakt zum Schwiegervater Ihrer Schwester ein Mandat der eingeschränkten Revision dazu gewonnen. Der Schwiegervater ist im Verwaltungsrat der zu prüfenden Unternehmung und hat somit wesentlichen Einfluss auf die Wahl der Revisionsstelle. Aufgrund der engen Beziehung haben Sie sich entschieden, lediglich im Revisionsteam mitzuwirken und nicht als leitender Revisor zu fungieren.

---

---

---

---

- e) Das zu prüfende Unternehmen hat ein Opting-up beschlossen. Sie sind ein Mitarbeiter im Revisionsteam der Revisionsstelle, welche organisatorisch und personell getrennt bei der Buchführung mitwirkt.

---

---

---

### Aufgabe 1.2 (5 Punkte)

Die Chevrolet AG betätigt sich im einheimischen Fischfang und hat sich auf die Zubereitung der Fische spezialisiert. Zum Anlagevermögen gehören neben dem Gasthof eine Anlegestelle mit fünf Bootsplätzen und vier Motorbooten.

Herr Honda hat Sie kontaktiert, um Ihnen das Mandat der Revisionsstelle zu übertragen. Die Jahresrechnung 2013 wurde aufgrund eines Opting-out nicht durch eine Revisionsstelle geprüft. Für die Beurteilung des Mandates hat Herr Honda Ihnen die Jahresrechnung 2013 sowie den Anhang und die Statuten zugestellt. Aufgrund der Grössenkriterien ist die Chevrolet AG der eingeschränkten Revision zuzuordnen.

Als erstes haben Sie die finanzielle Lage der Chevrolet AG beurteilt und kamen zum Schluss, dass diese stabil ist und alle Voraussetzungen erfüllt sind, um das Mandat annehmen zu können. Nach der erfolgreichen Wahl als gesetzliche Revisionsstelle für die eingeschränkte Revision des Geschäftsjahres 2014 an der Generalversammlung im Mai 2014, können Sie sich nun mit der Auftragsbestätigung befassen.

- a) Was wird mit einer Auftragsbestätigung durch die Revisionsstelle bezweckt? Erklären Sie dies mit zwei Argumenten.

---

---

---

---

---

---

---

- b) Sie werden damit beauftragt, die Auftragsbestätigung vorzubereiten. Nennen Sie stichwortartig acht bedeutende Inhalte der Auftragsbestätigung bei einer eingeschränkten Revision. (Für Datum, Unterschrift und Namen werden keine Punkte vergeben).

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 1.3 (5 Punkte)

Die Revision der Chevrolet AG soll im Februar stattfinden. Bereits vor der Prüfungsdurchführung beginnen Sie mit der Planung der Revision. Zum einen treten Sie mit dem Kunden in Kontakt, um diesem die Liste der notwendigen Unterlagen zu senden, andererseits planen Sie die Zeiteinteilung für die an der Revision beteiligten Mitarbeiter. Zudem erstellen Sie die Risikobeurteilung.

- a) Ziel der Risikobeurteilung ist die Ausrichtung der Revision auf die relevanten Risiken um das Prüfungsrisiko zu verringern. Nennen Sie drei Bestandteile zum Vorgehen bei der Risikobeurteilung und beschreiben Sie diese.

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Aufgrund der Organisation der Chevrolet AG haben Sie ein hohes Risiko in Bezug auf die Periodenabgrenzung festgestellt. Nennen Sie vier mögliche Prüfungshandlungen der eingeschränkten Revision, um dieses Risiko abzudecken.

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 2

(11 Punkte)

Der Aktionär, Benz Mercedes, hält ein gut positioniertes Unternehmen in Liestal. Die Lexus AG handelt mit im Privathaushalt benötigten Elektroapparaten und führt die diesbezüglich notwendigen Servicearbeiten durch. Die gemietete Werkstatt ist zwar klein, bietet aber Platz für ein Büro und je einen Arbeitsplatz für die fünf Elektromonteure. Das Unternehmen unterliegt aufgrund des Umsatzes und der Bilanzsumme sowie den Vollzeitstellen der eingeschränkten Revision. Die Lexus AG zeigt folgende Bilanz (in TCHF):

<b>Aktiven</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>Passiven</b>	<b>31.12.2013</b>
Umlaufvermögen	410	Fremdkapital	608
Anlagevermögen	533	Aktienkapital	300
		Gewinn	35
<b>Bilanzsumme</b>	<b>943</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>943</b>

Herr Mercedes träumt seit langem von einem Eigenheim und möchte sich diesen Wunsch nun erfüllen. Vor Kurzem hat er an schöner Lage am Murtensee ein kleines Häuschen für TCHF 950 gefunden. Die Finanzierung wird zu 80% mittels Hypothekendarlehen bei der Hausbank und zu 20% aus privaten Mitteln erfolgen. Zu diesem Zweck gewährt sich Herr Mercedes ein Darlehen von rund TCHF 190 aus der Lexus AG.

#### Aufgabe 2.1 (2 Punkte)

Die Problematik der Einlagenrückgewähr ist Herr Mercedes bekannt. Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit man von einer Rückzahlung des Aktienkapitals spricht? Nennen Sie vier Kriterien.

---

---

---

---

---

---

#### Aufgabe 2.2 (2 Punkte)

Sollten die oben erwähnten Kriterien erfüllt sein, besteht unter gewissen Umständen trotzdem die Möglichkeit, das Darlehen an den Aktionär zu tilgen. Nennen Sie zwei mögliche Sachverhalte.

---

---

---

---

### Aufgabe 2.3 (4 Punkte)

Um die mit der Einlagenrückgewähr verbundenen Risiken abzudecken, sind im Rahmen der Prüfungsdurchführung Prüfungshandlungen vorzunehmen. Nennen Sie ausführlich vier Prüfungshandlungen betreffend der Einlagerückgewähr.

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 2.4 (2 Punkte)

Würde sich Ihre Berichterstattung als Revisionsstelle gegenüber dem Normalwortlaut ändern, wenn sich Herr Mercedes das erwähnte Darlehen gewährt? Falls ja, nennen Sie die Art der Änderung und geben Sie den Text wieder.

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 2.5 (1 Punkt)

Welche Problematik stellt sich neben der Einlagerückgewähr im Zusammenhang mit der Gewährung von Aktionärsdarlehen? Nennen Sie eine und begründen Sie diese.

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 3

(12 Punkte)

Herr Audi hat sich im 2012 entschlossen, die bereits bestehende Einzelfirma mittels Vermögensübertragung in die per 01.01.2013 neu gegründete „Toyota AG“ einzubringen. Die Einzelfirma hatte keine Angestellten und betätigte sich im Bereich des Handels mit Hardware übers Internet. Die Waren werden jeweils direkt vom Lieferanten an die Kunden versendet, weshalb die Toyota AG keine Lagerräume mieten muss. Den Sitz hat das Unternehmen in Zug, jedoch arbeitet Herr Audi vorwiegend von Cham aus, wo sich sein Wohnsitz befindet. Sie sind bereits seit einigen Jahren für Herrn Audi als Treuhänder tätig und haben bisher die Abschluss- und Steuerberatung geleistet. Die Toyota AG unterliegt der eingeschränkten Revision.

#### Aufgabe 3.1 (9 Punkte)

Sie prüfen als gesetzliche Revisionsstelle der Toyota AG die erste Jahresrechnung nach dem Standard zur eingeschränkten Revision. Bei der Revisionsdurchführung stellen Sie fest, dass Herr Audi die notwendige Rückstellung aus vertraglichen Verpflichtungen nicht vorgenommen hat.

- a) Beschreiben Sie den Begriff der Rückstellung.

---

---

---

---

- b) Nennen Sie neben den erwähnten vertraglichen Verpflichtungen sechs weitere Sachverhalte, welche zu einer Rückstellung führen können.

---

---

---

---

- c) Nennen Sie fünf empfohlene Prüfungshandlungen zu den Rückstellungen.

---

---

---

---

---

### Aufgabe 3.2 (3 Punkte)

Als Aktiengesellschaft hat Herr Audi für die Jahresrechnung der Toyota AG erstmals einen Anhang zu erstellen. Welche zusätzlichen Angaben müssen nach der neuen Rechnungslegung gegenüber dem alten Recht neu im Anhang enthalten sein? Zählen Sie drei Punkte auf.

---

---

---

---

---

---

---





### Aufgabe 4.2 (3 Punkte)

Aufgrund der ungenügenden Arbeit eines mittlerweile entlassenen Mitarbeiters wurden Occasionsfahrzeuge mit zum Teil gravierenden Mängeln verkauft. Es liegt Ihnen ein Schreiben des Rechtsanwalts der Bentley AG vor, in dem dieser die Klagen von Kunden auflistet. Er hält darin fest, dass davon auszugehen sei, dass das Unternehmen in den folgenden Geschäftsjahren mit Schadensersatzzahlungen in noch unbestimmter Höhe zu rechnen habe.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 4.3 (3 Punkte)

Im Laufe der Revision sind Ihnen Dokumente des Umweltamtes vorgelegt worden worin festgehalten wird, dass der Boden unter einer der beiden Werkstätten stark durch Altöl verunreinigt ist. Darauf angesprochen erklärte Ihnen der Geschäftsführer, dass das Umweltamt die vollständige Sanierung des Bodens verlange. Eine solche kann allerdings nur durchgeführt werden, wenn das eine Gebäude (Buchwert CHF 1'100'000) vollständig abgerissen wird. Die Fortführung des Unternehmens ist dadurch nicht gefährdet.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 4.4 (1 Punkt)

Aufgrund von krankheitsbedingten Abwesenheiten von Mitarbeitern der Bentley AG hat S. Eat, ein Mitarbeiter der Morgan AG, die Bentley AG bei der Buchführung unterstützt. Bei der Revision hat er nicht mitgearbeitet.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 4.5 (1 Punkt)

Sie führten die eingeschränkte Revision der Jahresrechnung der Bentley AG in diesem Jahr das erste Mal durch. In den Vorjahren wurde der Revisionsbericht jeweils durch die Mercedes Treuhand AG erstellt.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### Aufgabe 4.6 (1 Punkt)

Für die Bentley AG ist in den Vorjahren aufgrund eines Opting-Out keine Prüfung durchgeführt worden.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---